



# HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2023

## Kleine Anfrage

**Oliver Stirböck (Freie Demokraten) vom 26.07.2023**

**Wirtschafts- und Zukunftsrat**

**und**

**Antwort**

**Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Der ehemalige Hessische Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) hat im Oktober 2012 einen Wirtschafts- und Zukunftsrat initiiert. Ziel war es, „möglichst Trends und Entwicklungen in Hessen so frühzeitig zu erkennen, um dann von Seiten der Politik die Rahmen so zu setzen, dass sich diese Zukunftsbereiche stark entfalten können.“ Dabei sollten Stärken gestärkt, aber auch Schwächen analysiert werden, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zusammenzubringen“. → <https://www.pressebox.de/inaktiv/hessisches-ministerium-fuer-wirtschaft-verkehr-und-landesentwicklung/Rentsch-Ziel-des-Wirtschafts-und-Zukunftsrats-ist-es-Zukunftsentwicklungen-zu-erkennen-um-die-entsprechenden-Bereiche-stark-fuer-Hessen-zu-machen/boxid/545951>. Dem Zukunftsbeirat gehörten seinerzeit 15 Personen an. Die Landesregierung hat unter Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir die Arbeit des Wirtschafts- und Zukunftsrats sanft auslaufen lassen. Im März 2023 hat der Wirtschaftsminister einen neuen Zukunftsrat „Hessischer Zukunftsrat Wirtschaft“ in die Wege geleitet.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei wie folgt:

Frage 1. Wie oft hat der ursprüngliche Wirtschafts- und Zukunfts-Rat in der Legislaturperiode bis 2014 und 2014 bis 2019 getagt?

In der 18. Legislaturperiode (LP) hat der Wirtschafts- und Zukunftsrat insgesamt sechs Mal getagt, in der 19. LP (ab dem Jahr 2014) fanden noch drei weitere Termine statt.

Frage 2. Wer hat von Seiten der Landesregierung an den jeweiligen Sitzungen teilgenommen?

In der 18. LP hat Herr Staatsminister a.D. Florian Rentsch und in der 19. LP Herr Staatsminister Tarek Al-Wazir an den Sitzungen teilgenommen.

Frage 3. Welche Ergebnisse hat der Rat erzielt?

Der Rat hat einen Bericht vorgelegt („Zukunftsbericht 2013“, siehe Anlage 1), der mit einer Pressekonferenz am 03.09.2013 vorgestellt wurde. Laut dieser Pressemitteilung (siehe Anlage 2) empfiehlt der „Zukunftsbericht 2013“ „nachhaltige Investitionen in Bildung und Forschung, Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, eine Stärkung der Infrastruktur und den Abbau von Bürokratie“.

Frage 4. Warum wurde die Arbeit dieses Rates beendet?

Die Arbeit dieses Rates war mit der presseöffentlichen Vorstellung des „Zukunftsberichts 2013“ erledigt, siehe Antwort zu Frage 3.

Frage 5. Warum wurde 2022 ein neuer „Zukunftsrat Wirtschaft“ initiiert?

Frage 6. Wie unterscheidet sich der 2022 initiierte „Zukunftsrat Wirtschaft“ vom vorherigen Wirtschafts- und Zukunfts-Rat?

Frage 7. Warum hatte das Ministerium nicht die Größe, sich bei der Mitteilung der Gründung auf den Vorläufer-Zukunftsrat zu beziehen?

Die Fragen 5 bis 7 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der „Hessische Zukunftsrat Wirtschaft“ wurde am 17.03.2023 einberufen. Er ist ein politisch neutrales und unabhängiges Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Gewerkschaften, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft.

Die Mitglieder des „Hessischen Zukunftsrates Wirtschaft“ sollen in den nächsten Monaten wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen für das Regierungshandeln der künftigen Landesregierung entwickeln und damit dazu beitragen, dass diese in der nächsten Legislaturperiode die hessische Wirtschaft bestmöglich bei der Bewältigung der aktuellen Krisen und der Herausforderungen der Zukunft unterstützen kann. Weitere Informationen sind in einer detaillierten Pressemitteilung abrufbar: → <https://hessen.de/presse/landesregierung-beruft-hessischen-zukunftsrat-wirtschaft-ein>.

Darüber hinaus wird auf die Antworten zum Berichtsantrag, Drucks. 20/10872 und die Behandlung im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) am 03.07.2023 hingewiesen. Hier wurden bereits ähnliche Fragen gestellt und beantwortet.

Wiesbaden, 28. August 2023

**Tarek Al-Wazir**

**Anlagen**



**Wirtschafts- und Zukunftsrat**  
des Hessischen Ministers für  
Wirtschaft, Verkehr und  
Landesentwicklung

HESSEN



# Zukunftsbericht 2013

## Inhaltsverzeichnis

1	Präambel.....	4
2	Stand der hessischen Wirtschaft 2012 .....	5
3	Demographischer Wandel .....	9
3.1	Demographische Entwicklung .....	9
3.2	Potentiale aktivieren – Fachkräftebedarf decken .....	10
3.2.1	Schulabgänger.....	11
3.2.2	Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	11
3.2.3	Weiterbildung .....	11
3.2.4	Zuwanderung von Fachkräften.....	12
3.2.5	Fachkräftesicherung in qualitativer Hinsicht .....	12
3.2.6	Spezialisierung und Wettbewerb .....	13
3.3	Geisterdörfer und wachsende Städte .....	14
3.4	Fragen.....	18
4	Länger und gesünder leben wollen.....	20
4.1	Neuer Trend: Bewusst gesund .....	20
4.2	Die Grenzen der Finanzierbarkeit.....	21
4.3	Gesundheitsbewusstsein und Gesundheitswirtschaft .....	22
4.4	Gesundheitswirtschaft in Hessen .....	23
4.5	Zukunftsperspektiven der hessischen Gesundheitswirtschaft.....	24
4.6	Hessens Stellung sichern .....	27
4.7	Fragen.....	28
5	Infrastruktur als Grundlage der Volkswirtschaft sichern .....	29
5.1	Verkehrswege erhalten .....	30
5.2	Bildungsinfrastruktur mit ausreichenden Ressourcen ausstatten.....	35
5.3	Breitband - Grundversorgung sicherstellen .....	36
5.4	Energiewende vernünftig gestalten .....	36
5.5	Fragen.....	42
6	Internationalisierung .....	44
6.1	Standortvorteile .....	44
6.2	Herausforderung Wettbewerbsfähigkeit.....	45
6.2.1	Bürokratie abbauen durch E-Government .....	45
6.2.2	Ressourceneffizienz durch Innovationen .....	47
6.2.3	Nachhaltigkeit durch Eigenverantwortung .....	47
6.2.4	Sozialpartnerschaft leben.....	48

6.2.5	Forschung und Innovation intensivieren und fokussieren .....	48
6.2.6	Wissenstransfer stärken.....	52
6.2.7	Gründungen stimulieren und finanzieren .....	54
6.2.8	Hessen als Innovations- und Technologiestandort vermarkten.....	55
6.3	Finanzplatz Frankfurt stärken .....	56
6.4	Fragen.....	60
7	Digitalisierung.....	62
7.1	Hessen in komfortabler Ausgangsposition.....	64
7.2	Exzellenter Standort für die IKT-Branche .....	65
7.3	Digitalisierung als Chance für Kulturinstitutionen.....	67
7.4	Fragen.....	68
8	Mitglieder des Wirtschafts- und Zukunftsrates .....	70
9	Literatur.....	73

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 – Anteile der hessischen Wirtschaftssektoren an der Bruttowertschöpfung.....	6
Abbildung 2 - Bevölkerungsentwicklung in Hessen.....	9
Abbildung 3 – Bevölkerungsvorausschätzung Hessen 2011-2030 .....	15
Abbildung 4 - Kraftfahrzeugverkehr 2010.....	33
Abbildung 5 - Belastung des Schienennetzes der Eisenbahnen insgesamt 2010 .....	34
Abbildung 6 - Gesicherte Leistung erneuerbarer Kraftwerkstypen: .....	38
Abbildung 7 - Umweltfreundliches Erdgas verliert an Bedeutung.....	39
Abbildung 8 - Forschungsausgaben der Länder (2010) in Mio. €.....	49

## 1 Präambel

Der Wirtschafts- und Zukunftsrat setzt sich zusammen aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Er hat die Aufgabe, das hessische Wirtschaftsministerium bei der Vorbereitung von Entscheidungen beratend zu unterstützen, um damit eine weitere nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes Hessen zu forcieren. Ziel muss es sein, Hessens Platz an der Spitze der starken Wirtschaftsländer innerhalb Deutschlands und Europas nachhaltig abzusichern. Hessens zentrale Lage im Herzen Europas und die herausragende Infrastruktur bieten die idealen Voraussetzungen, um den europäischen Wettbewerb und Handel positiv zu prägen. Durch Beratung des hessischen Wirtschaftsministeriums in Bezug auf die Gestaltung von attraktiven Rahmenbedingungen und ggfs. Förderungen will der Wirtschafts- und Zukunftsrat es hessischen Unternehmen ermöglichen, im nationalen und internationalen Wettbewerb weiterhin erfolgreich zu sein und gezielt in Zukunftsfelder zu investieren, da nur so langfristig Wachstum und hohe Beschäftigungsraten gesichert werden können zum Wohle der Bürger Hessens.

Der Wirtschafts- und Zukunftsrat setzt sich folgende Tätigkeiten zum Ziel:

- Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im Land Hessen im Vergleich zu Deutschland und Europa zur frühzeitigen Erkennung von Wachstumsfeldern und Zukunftstrends,
- Erarbeitung der zukünftigen Trends, Entwicklungen und Auswirkungen auf das Land Hessen,
- Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen zur Optimierung der staatlichen Rahmenbedingungen und der Positionierung Hessens als attraktivem Wirtschaftsstandort,
- Führung eines wirtschaftspolitischen und kooperativen Dialoges mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Hessen,
- Initiierung von wissenschaftlichen Untersuchungen und Zukunftskampagnen,
- Jährliche Verleihung des hessischen Zukunftspreises an ein besonders innovatives hessisches Unternehmen.

## 2 Stand der hessischen Wirtschaft 2012

Hessen ist ein Land der wirtschaftlichen Spitzenleistungen: 7,5% der Einwohner Deutschlands erwirtschaften 9% des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Damit weist Hessen ein Pro-Kopf-BIP auf, das 16% über dem Bundesdurchschnitt liegt. Auch hinsichtlich der Produktivität, also BIP je Erwerbstätigem, liegt Hessen im innerdeutschen Vergleich (ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen) auf dem Spitzenplatz und übertrifft den Bundesdurchschnitt um 15%. Hessen bewegt sich mit seiner Wirtschaftskraft damit etwa auf dem Niveau Dänemarks und der Pro-Kopf-Output liegt um 50% über dem EU-Durchschnitt<sup>1</sup>.

Nach einer leichten konjunkturellen Schwächephase zum Ende des vergangenen Jahres wird von vielen Konjunkturexperten erwartet, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2013 wieder Fahrt aufnimmt.<sup>2</sup>

Die Erwartungen der hessischen Unternehmen steigen: Nur noch 18 % erwarten schlechtere Geschäfte in den kommenden Monaten, wohingegen 22 % mit besseren Geschäften rechnen. Auch die Beschäftigungspläne der Unternehmen stimmen zuversichtlich und lassen eine stabile Seitwärtsbewegung des Arbeitsmarkts erwarten. In Anbetracht immer neuer Rekordmarken bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen ist dies eine bemerkenswerte Entwicklung auf hohem Niveau.

Grund für die Wirtschaftsstärke Hessens ist sein besonderer Branchenmix, der nicht zuletzt aus einem bedeutenden Finanzzentrum, einem starken Industriesektor mit einer wachstumsstarken IKT-Industrie, einem internationalen Flughafen und einem namhaften Messestandort gespeist wird. Dies spiegeln auch die statistischen Daten der hessischen Bruttowertschöpfung wider:

Hinter der außergewöhnlichen Branchenzusammensetzung steht zum einen der Finanzplatz Frankfurt. So haben 221 Banken aus dem In- und Ausland ihren Hauptsitz in Frankfurt<sup>3</sup>; das sind ca. 45% aller in Deutschland überregional tätigen Kreditinstitute<sup>4</sup>. Zum anderen ist der Frankfurter Flughafen ein zentraler Standortfaktor, der von 32% der Passagiere und 49,8% des Frachtaufkommens im deutschen Luftverkehr genutzt wird. Er nimmt damit unangefochten Platz 1 innerhalb Deutschlands ein und ist das größte kontinental-

---

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (2013): Zensus 2011, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Stand 2010.

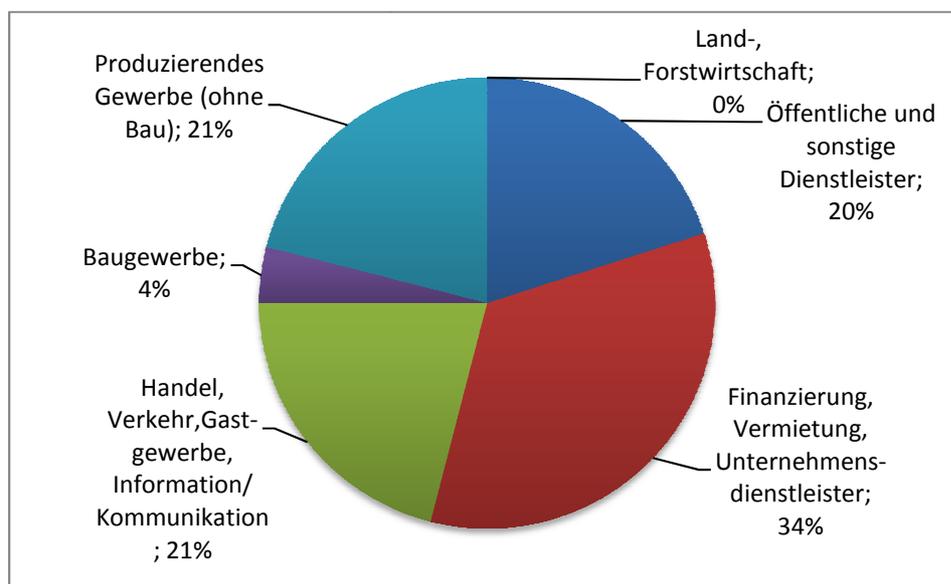
<sup>2</sup> siehe IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen: Die Konjunktur in Hessen, Frühsommer 2013.

<sup>3</sup> Helaba Finanzplatz-Fokus 3/2013.

<sup>4</sup> Helaba Regionalfokus 4/2013.

europäische Logistikkreuz für Waren und das drittgrößte für Passagiere<sup>5</sup>. Auch die Messe Frankfurt verstärkt die internationale Ausrichtung der Region. Der Messeplatz liegt nach Besuchern und Ausstellern an erster Stelle in Deutschland. Auch internationale Aussteller schätzen den Messe-Standort sehr. Der Industriesektor spielt in Hessen ebenfalls eine große Rolle. Schwerpunkte sind hier Chemie/Pharma, Fahrzeugbau und die Metallbranche. Hessen ist darüber hinaus ein exzellenter Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) mit hervorragenden Zukunftsperspektiven. Hessen und die Rhein-Main-Neckar-Region erzielen einen Umsatz von 40% der 100 größten europäischen Softwareunternehmen. Damit verfügt die mit Abstand stärkste hessische Technologiebranche über eine attraktive Spitzenposition in Deutschland und Europa.

Abbildung 1 – Anteile der hessischen Wirtschaftssektoren an der Bruttowertschöpfung<sup>6</sup>



Hessens Unternehmen sind auch im Ausland stark sichtbar: Mit 52% liegt die hessische Exportquote leicht über dem Bundesdurchschnitt, sie erreicht in einigen Schlüsselbranchen aber 80% und mehr<sup>7</sup>.

Hessen ist jedoch auch im Hinblick auf das Zusammenspiel von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur einzigartig. Hessen verfügt über ein sehr gut ausgebautes, differenziertes Hochschulsystem. Insgesamt sieben Universitäten, dreizehn Fachhochschulen, dazu zahlreiche weitere spezialisierte Hochschulen wie Verwaltungshochschulen haben ihren

<sup>5</sup> ACI Europa 2013.

<sup>6</sup> Helaba-Regionalfokus - Zahlen & Fakten: Die Bundesländer Hessen und Thüringen, 4/2013

<sup>7</sup> INSM/WirtschaftsWoche (2011): Länderquoten im Bestandsranking.

Standort in Hessen. Allein über 215.000 Studierende im Wintersemester 2012/13 sichern den künftigen Fach- und Führungskräftenachwuchs der Unternehmen in Hessen und darüber hinaus<sup>8</sup>. Die hessischen Hochschulen bilden 20% mehr Studierende aus als die übrigen westdeutschen Flächenländer in Relation zur Einwohnerzahl. Neben die Stärke der Hochschulen in der Forschung treten zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, z. B. die Helmholtz-, Leibnitz-, Max-Planck- oder Fraunhofer-Gesellschaft. Diese Einrichtungen fördern den Aufbau einer wissensbasierten Gesellschaft als Grundlage für eine wissensbasierte Wirtschaft der Zukunft. Mit knapp 120.000 Auszubildenden in 33.000 Ausbildungsunternehmen rüstet sich Hessen für den hohen Bedarf an qualifizierten beruflichen Fachkräften. Als dualer Partner der Wirtschaft stellt das Land über 100 Berufsschulen.

Parallel dazu weist Hessen eine einzigartige kulturelle Dichte an Institutionen in den Bereichen bildende und darstellende Kunst aus. Zahlreiche Museen, Opernhäuser und Theater genießen besondere internationale Anerkennung und sorgen für einen kulturellen Austausch auf aktuellem und höchstem Niveau.

Hessen ist ein Motor der deutschen Wirtschaft. Neben die starken Wirtschaftszentren treten aber ländlicher geprägte Regionen in Hessen, die in etwa den Verhältnissen in Gesamtdeutschland entsprechen. Daher sind in Hessen – einem Brennglas vergleichbar – Chancen und Risiken früher als in anderen Regionen erkennbar. Daraus ergeben sich für Hessen Möglichkeiten, neue Wachstumspotenziale für die Zukunft deutlich schneller zu entfalten, als dies in anderen Regionen möglich ist. Hinsichtlich dieser Potenziale und Herausforderungen soll der Wirtschafts- und Zukunftsrat die Arbeit des Hessischen Wirtschaftsministeriums unterstützen. Er verfolgt dabei das Ziel, Vorschläge zu unterbreiten, die insgesamt dazu geeignet sind, das hohe Wohlstandsniveau auch für die Zukunft zu erhalten.

Dieser „1. Zukunftsbericht“ orientiert sich an den Diskussionen während der Sitzungen des Wirtschafts- und Zukunftsrates im vergangenen Jahr. Als strukturierendes Element wurden die in den Sitzungen diskutierten Megatrends verwendet, die aus Sicht der Mitglieder des Wirtschafts- und Zukunftsrates in den kommenden Jahren besondere Bedeutung für Deutschland und vor allem für Hessen erlangen werden. Dies sind:

- **Demographischer Wandel** – die Bedeutung dieses Trends für Wirtschaft und Bevölkerung ist unstrittig. Der Umgang mit dem demographischen Wandel wird in den nächsten Jahren grundlegend sein, um das Wohlstandsniveau zu halten.

---

<sup>8</sup> Hessisches Statistisches Landesamt (2013): Studierendenstatistik WS 2012/13 (online).

- **Länger und gesünder leben** – der Wirtschafts- und Zukunftsrat erachtet diesen Trend, der u.a. die Gesundheitswirtschaft in den Fokus rückt, für besonders wichtig, da er wichtige Stärken der hessischen Wirtschaft aufgreift und neue Chancen bietet, gleichzeitig aber auch deutlich über den demographischen Wandel hinaus reicht.
- **Herausforderungen für die Infrastruktur** – die Bedeutung der Infrastruktur für das Gemeinwesen wird nach Meinung des Wirtschafts- und Zukunftsrates unterschätzt: Nach dem Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg und einer Phase des intensiven Ausbaus von Infrastruktur in den 1960er und 1970er Jahren ist nun ein Wendepunkt erreicht, da Verkehrs- und Bildungsinfrastrukturen am Ende ihrer Lebensdauer angekommen sind. In diesem Themenfeld sieht der Wirtschafts- und Zukunftsrat dringenden Handlungsbedarf.
- **Internationalisierung** – der Wirtschafts- und Zukunftsrat sieht in der weiter voranschreitenden Internationalisierung unserer Wirtschaft einen weiteren Trend, der zur Anpassung zwingt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hessen zu sichern. Hier sieht der Wirtschafts- und Zukunftsrat auch Möglichkeiten, wie dies durch Aktivitäten vor Ort erreicht werden kann.
- **Digitalisierung** – Dies ist nach Ansicht des Wirtschafts- und Zukunftsrats wahrscheinlich neben dem demographischen Wandel der wichtigste Trend, da er geeignet ist, das Zusammen- und das Wirtschaftsleben grundlegend zu verändern. Er wird von der stärkeren „Mobilisierung“ des Internet ebenso getragen wie von tief greifenden Prozessveränderungen in der Industrie durch Digitalisierung. Auch hier sieht der Wirtschafts- und Zukunftsrat eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft.

### 3 Demographischer Wandel

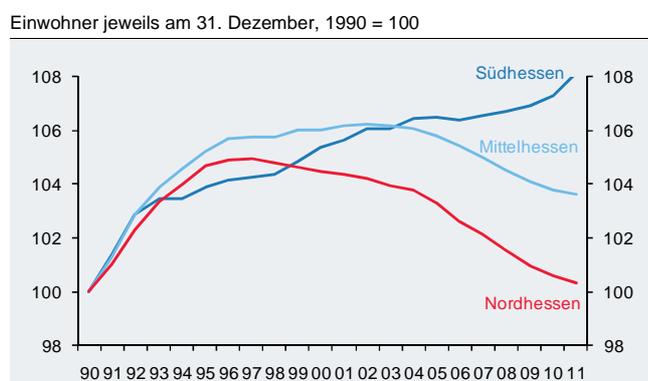
#### 3.1 Demographische Entwicklung

In vielen Industrieländern wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren altern und die absolute Zahl der Einwohner abnehmen. Die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts geht für Deutschland<sup>9</sup> von einem Rückgang der Einwohnerzahl auf 65-70 Mio. (2011 waren es lt. Zensus 2011 etwa 80,2 Mio.) im Jahr 2060 aus. Damit sinkt auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter – dies führt unmittelbar zu der Frage, wie der durch die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur verursachte Mangel an Arbeitskräften ausgeglichen werden soll.

Unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen dürfte die Einwohnerzahl in Hessen bis zum Jahr 2020 zunächst nur geringfügig zurückgehen, im Jahr 2050 wird die Einwohnerzahl aber voraussichtlich bei 5,5 Mio. und damit in etwa wieder auf dem Stand der 1970er und 1980er Jahre liegen.

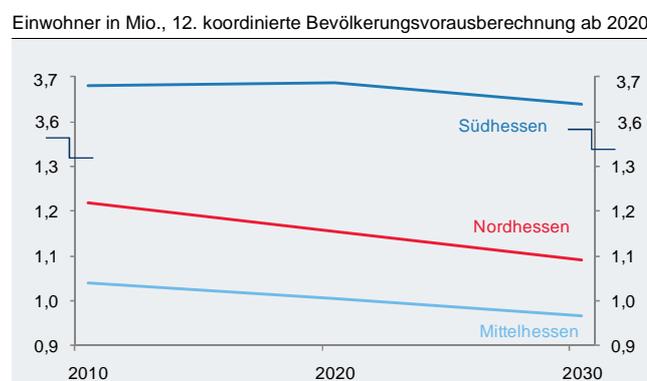
#### Abbildung 2 - Bevölkerungsentwicklung in Hessen

Bevölkerungsentwicklung innerhalb Hessens in den letzten Jahren sehr unterschiedlich



Quellen: Hessisches Stat. Landesamt, Helaba Volkswirtschaft/Research

Künftig Süd Hessen mit geringeren Einbußen als Mittel- und Nord Hessen



Quellen: Hessisches Stat. Landesamt, Helaba Volkswirtschaft/Research

Weit dynamischer als bei den Einwohnerzahlen wird sich die altersstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung verändern. Langfristig werden sich die Anteile der Bevölkerungsgruppen unter 60 Jahren deutlich verringern, wohingegen sowohl die relative Bedeutung als auch die absolute Zahl der über 60-Jährigen und dabei insbesondere der über 80-Jährigen stark ansteigen wird.

<sup>9</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

### **3.2 Potentiale aktivieren – Fachkräftebedarf decken**

Die „Fachkräftekommission Hessen“ kommt in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis, dass der hessische Arbeitsmarkt vor einem deutlichen Einschnitt steht: In nur zwei Jahrzehnten sinkt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 10 bis 15 % bzw. 400.000 bis 600.000 Personen. Eher ländlich geprägte Gebiete insbesondere in Nordhessen werden am stärksten betroffen sein<sup>10</sup>.

Die Konjunkturumfragen der IHKS<sup>11</sup> in Hessen zeigen, dass über 30 % der befragten Unternehmen im Fachkräftemangel ein großes Risiko für die eigene wirtschaftliche Entwicklung sehen und der IHK-Fachkräftemonitor<sup>12</sup> belegt, dass allein bis 2015 durchschnittlich rund 100.000 Fachkräfte pro Jahr fehlen werden.

Um die Innovationsfähigkeit und Prosperität der hessischen Wirtschaft nicht zu gefährden, sind deshalb zahlreiche Maßnahmen notwendig – vom Kindergarten bis zur Weiterbildung. Der Ausbildungsmarkt hat sich mittlerweile gedreht: Die Betriebe suchen heute die Jugendlichen und nicht mehr so sehr die Jugendlichen die Betriebe. Immer häufiger können Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Ein effektives Zusammenführen von Ausbildungsbetrieben und ausbildungsinteressierten Jugendlichen wird somit eine immer wichtigere Aufgabe.

Rund 90 % der Fachkräftelücke betreffen beruflich qualifizierte Fachkräfte. Vielen Schülerinnen und Schülern ist dies ebenso wenig wie ihren Lehrern und Eltern bekannt; sie entscheiden sich stattdessen bevorzugt für den höchstmöglichen Schulabschluss und ein daran anschließendes Studium. Ziel sollte es deshalb sein, dass alle Beteiligten über die Chancen des hessischen Fachkräftebedarfs und die Wege zu einer beruflichen bzw. akademischen Laufbahn informiert sind. Notwendig hierzu ist unter anderem eine Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung, in der die unterschiedlichen Karrierewege thematisiert werden. Fachlehrer sollten in regelmäßigen Abständen durch eigene Betriebspraktika die unternehmerischen Tätigkeitsbereiche kennenlernen, damit sie die Schülerinnen und Schüler für die Möglichkeiten in den Unternehmen sensibilisieren können.

---

<sup>10</sup> Fachkräftekommission Hessen (2012): Abschlussbericht der Fachkräftekommission Hessen. Wiesbaden.

<sup>11</sup> IHK Frankfurt am Main (2013): Konjunktur im IHK-Bezirk Frankfurt am Main Frühsommer 2013. Frankfurt.

<sup>12</sup> Der IHK-Fachkräftemonitor ist eine Online-Anwendung, Abfrage im Juni 2013.

### **3.2.1 Schulabgänger**

Schulabgänger sind noch immer das größte Potenzial an künftigen Fachkräften, obwohl ihre Zahl im Zuge des Demographischen Wandels weiter abnehmen wird. Sie müssen gut qualifiziert für die Ausbildung sein und die richtige Berufswahl treffen. Beispielgebend ist hier eine mit 1,5 Mio. € ausgestattete Initiative der IHK Kassel-Marburg zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung. Im Bezirk der IHK Kassel-Marburg wurden inzwischen 19 Berufswahlbüros an Schulen eingerichtet sowie über 4.000 Schüler erreicht und damit ein wichtiger Beitrag für deren Berufsstart geleistet. Ein besonderes Augenmerk muss darauf gerichtet werden, Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben oder die sich in vollschulischen sog. Warteschleifen befinden, für eine reguläre duale Berufsausbildung zu gewinnen.

### **3.2.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Als weitere Zielgruppe zur Deckung des Fachkräftebedarfs sind junge Eltern anzusehen, die auch mit Kindern in zeitlich begrenzter Form berufstätig sein wollen. Dazu bedarf es einer weiter verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Rückkehr junger Eltern in den Beruf scheitert noch immer zu häufig an fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Ein wesentliches Element der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und bleibt ein an den Bedürfnissen berufstätiger Eltern ausgerichtetes Angebot der Kinderbetreuung – sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Schulen. Daher benötigen wir sowohl einen Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen als auch flexiblere und längere Öffnungszeiten<sup>13</sup>.

### **3.2.3 Weiterbildung**

Die Intensivierung der Weiterbildung (v. a. älterer Beschäftigter) ist ebenfalls ein wichtiger Baustein zur Milderung des Fachkräftemangels. Eine einmalige Berufsausbildung am Beginn des Arbeitslebens ohne ständige Weiterbildung ist heute nicht mehr ausreichend. Nur durch beständige Schulungen und Weiterbildung ist es möglich, die sich schnell wandelnden Technologien kennenzulernen und die erforderliche Techniken und Fertigkeiten zu lernen und damit für den Arbeitsmarkt dauerhaft attraktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben.

---

<sup>13</sup> Fachkräftekommission Hessen (2012): Abschlussbericht der Fachkräftekommission Hessen. Wiesbaden.

### **3.2.4 Zuwanderung von Fachkräften**

Neben dem besseren Ausschöpfen des inländischen Erwerbspersonenpotenzials braucht die hessische Wirtschaft mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland. Das Projekt der Hessischen Landesregierung, spanische Fachkräfte nach Hessen zu holen, geht in die richtige Richtung. Dieses und weitere Projekte gilt es in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weiterzuentwickeln. Im Rahmen eines vom hessischen Wirtschaftsministerium unterstützten Projekts erhalten ausbildungsbereite junge Menschen aus Spanien einen Platz in der handwerklichen Verbundausbildung, begleitet u. a. von Sprachkursen und Betriebspraktika. Ab dem zweiten Ausbildungsjahr gehen die Lehrlinge aus Spanien dann ganz in die Betriebe.

### **3.2.5 Fachkräftesicherung in qualitativer Hinsicht**

Die Wirtschaft ist auf Schüler und Hochschulabsolventen angewiesen, die das erworbene Wissen aus Schule und Hochschule in der Praxis, also in der Ausbildung und im Berufsleben, anwenden können. Damit dies gelingen kann, müssen Schulen und Hochschulen zu Orten werden, an denen Lehrende den Lernenden neben einer breiten Ausbildung die Fähigkeiten vermitteln, auch vor bislang unbekanntem Herausforderungen nicht zu kapitulieren. Neben spezifischem Wissen bedarf es allgemeiner Problemlösungskompetenzen.

Die duale Berufsausbildung hat sich in Deutschland nicht nur bewährt, sondern kann international als Vorbild angesehen werden und hat Jugendarbeitslosigkeit verhindert. Fundament der handwerklichen Ausbildung ist das Berufskonzept, da nur so umfassende Handlungskompetenz und Berufsfähigkeit garantiert wird. Damit verbunden ist als weitere zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe, den Meisterbrief als Garanten handwerklicher Qualität und als praktischen Verbraucherschutz zu erhalten. Der Meisterbrief ist nicht nur ein Gütesiegel, sondern die Grundlage erfolgreichen unternehmerischen Handelns im Handwerk. Denn vor allem die Meisterbetriebe sichern die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und sind Träger der Ausbildungsleistung. Derzeit gibt es wieder kritische Aussagen von europäischer Ebene zum Meisterprinzip. Mit dem Ziel der Stärkung von Wachstumschancen durch einen erleichterten Zugang zu regulierten Berufen wird erneut das deutsche Berufszugangssystem im Handwerk kritisiert. Die bereits umgesetzte Novellierung der Handwerksordnung hat aber gezeigt, dass die Umsatzpotentiale in den neu geschaffenen zulassungsfreien Handwerksgeräten nahezu identisch sind zur Situation vor

der Novellierung. Die Betriebszahlen haben sich erhöht, aber ohne dass zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen wurden.

Unabhängig vom Ausbildungsgang sind sowohl naturwissenschaftlich-technische und ökonomische Fähigkeiten als auch sprachliche Fähigkeiten stark gefragt. Die Herausforderung für die Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses muss also bereits in sehr frühen Jahren ansetzen. Denken in vernetzten Systemen, welches sowohl für naturwissenschaftliche als auch ökonomische Prozesse entscheidend ist, sollte bereits früh eine Rolle in der Ausbildung spielen. Damit Jugendliche auf diese Anforderungen vorbereitet sind, muss bereits im Kindergarten mit der Vermittlung von Fähigkeiten begonnen werden. Dafür bedarf es natürlich auch eines gut ausgebildeten Personals in den Kindergärten und Kindertagesstätten. Diese Orte dürfen nicht zu bloßen Verwahrstätten verkommen. Selbstverantwortete Berufsschulen müssen sich daran messen, inwiefern sie die Berufspraxis sinnvoll ergänzen und mangelnde Schulausbildung kompensieren können. Ziel sollte es sein, dass der Lernort Berufsschule die theoretischen Ausbildungsinhalte wirklickeitsnah vermittelt und die Absolventen fit für ihre erfolgreiche berufliche Zukunft macht. Damit dies gelingen kann, muss den Berufsschulen mehr Verantwortung übertragen werden: Sie sollten eigenständig sein und über eigene Personal- und Budgethoheit verfügen. Dazu müssen jedoch die bisher fehlenden finanziellen und rechtlichen Grundlagen geschaffen werden.

Auch durch eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt kann das Arbeitskräftepotenzial ausgeweitet werden. Die bisherige geringe Teilhabe von Migranten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kann häufig mit Sprachdefiziten und einer geringen Vorbildung begründet werden. Viele Maßnahmen sorgen bereits dafür, dass der Übergang von Migranten in das Berufs- und Arbeitsleben besser gelingt. Dennoch sind weitere Schritte notwendig, die dazu beitragen, dass Migranten an Integrationskursen teilnehmen oder über das deutsche Bildungssystem sowie die Perspektiven von Studium und dualer Berufsausbildung informiert sind. Für eine bessere Verzahnung und Abstimmung der Einzelmaßnahmen ist ein ganzheitliches Integrationskonzept zwingend notwendig.

### **3.2.6 Spezialisierung und Wettbewerb**

In den ländlich geprägten Räumen gibt es ebenfalls Standorte, die durch große Unternehmensansiedlungen und Spezialisierung auf einzelne Branchen auf qualifizierte Arbeitnehmer angewiesen sind. Da das regionale Arbeitskräfteangebot maßgeblich durch die Wohnbevölkerung bestimmt wird, sind die erwähnten Maßnahmen zur Steigerung der

Erwerbsbeteiligung zu verstärken. Zudem ist die Zuwanderung von Arbeitnehmern eine Option, die gerade in den mittel- und nordhessischen Regionen mit schon jetzt rückläufigen Bevölkerungszahlen genutzt werden sollte, damit die demographische Entwicklung nicht zu einem noch größeren Engpassfaktor für Investoren und Unternehmen vor Ort wird. Vor dem Hintergrund des Bedarfs an gut ausgebildeten Fachkräften wird der weltweite Wettbewerb um die besten Talente insbesondere in den entwickelten Ländern deutlich zunehmen. Metropolregionen wie die Region Frankfurt/Rhein-Main<sup>14</sup> aber auch die Unternehmensstandorte in ländlichen Regionen müssen demonstrieren, wie diese Qualitäten angezogen, entfaltet und gehalten werden können.

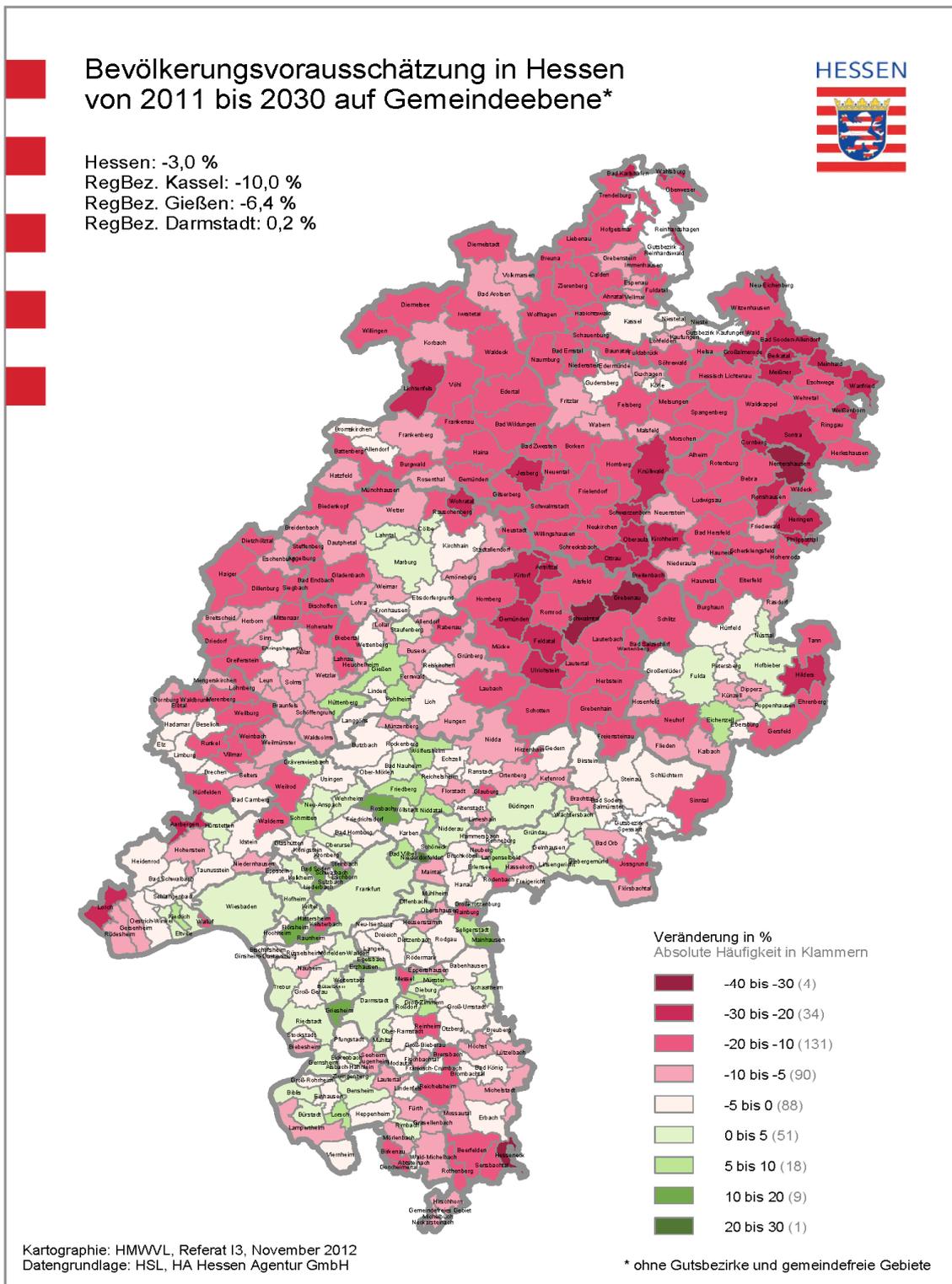
### **3.3 Geisterdörfer und wachsende Städte**

Neben den zu erwartenden Veränderungen im Altersaufbau werden auch die zum Teil erheblichen regionalen Unterschiede in der demographischen Entwicklung Land und Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Werden in den Modellrechnungen die regionsspezifischen Besonderheiten bis zum Jahr 2030 bzw. 2050 weiter fortgeschrieben, zeigt sich in Hessen ein ähnliches Bild wie in Gesamtdeutschland: wenigen „dynamischen“ Wachstumszentren stehen großen Regionen gegenüber, die in den nächsten Jahrzehnten massiv Einwohner verlieren werden. Dabei zeigt sich ein differenziertes Muster, bei dem Schrumpfung und Wachstum der Bevölkerung auch in unmittelbarer Nachbarschaft vorkommen. Generell lässt sich festhalten, dass ländlicher geprägte Regionen, vor allem in Mittel- und Nordhessen, aber auch in den südlichen Landesteilen besonders stark von den Veränderungen der Bevölkerungsstruktur betroffen sein werden. Bezüglich der Mittel- und Oberzentren als urbane Kerne kann festgehalten werden, dass sie nach den Modellrechnungen vergleichsweise stabile Bevölkerungszahlen halten werden. Allerdings zeigen sich auch hier im unmittelbaren Umland gegenläufige Tendenzen.

---

<sup>14</sup> Wenn auf die Region bzw. die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main Bezug genommen wird, so ist die Region in der Definition des IHK-Forums Rhein-Main gemeint (vgl. IHK-Forum 2012).

Abbildung 3 – Bevölkerungsvorausschätzung Hessen 2011-2030<sup>15</sup>



<sup>15</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2010): Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Wiesbaden.

Der demographische Wandel wird die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum und zunehmend auch an den Rändern des Verdichtungsraums mit vielfältigen Folgen konfrontieren: Rückgang des Arbeitsangebotes, geringere Nachfrage, altersspezifische Bedarfe, geringere kommunale Einnahmen ohne gleichwertige Kosteneinsparung, beschränkte finanzielle Spielräume, wachsende Lücken im Einzelhandelsangebot, in der medizinischen Versorgung, der Bildungs- und Freizeitinfrastruktur, der Ver- und Entsorgung, im öffentlichen Verkehr u. a. Zunehmend werden leer stehende Immobilien das Erscheinungsbild der kleinen Gemeinden beeinträchtigen und den Wertverlust offensichtlich machen. Lebensqualität und Standortattraktivität leiden, weitere Einwohnerverluste sind zu befürchten. Einzelne Siedlungen überaltern derart drastisch, dass sogar die vollständige Aufgabe von Siedlungsstellen im Bereich des Wahrscheinlichen liegt. In jedem Fall ist die Frage zu stellen, wie angesichts der erwarteten Bevölkerungsabnahme öffentliche Infrastruktur in diesen Regionen aufrecht erhalten und finanziert werden soll.

Um diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können, benötigen die Kommunen eine realistische Einschätzung der künftigen regionalen und örtlichen Möglichkeiten und ein längerfristig ausgerichtetes Konzept für die einzuschlagende Richtung der Kommunalentwicklung, das gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren am Ort getragen wird. Die Handlungsfelder können dabei nicht isoliert, sondern müssen in ihren Wechselwirkungen betrachtet werden. Praktisch bedeutet dies zum Beispiel, dass die demographischen Herausforderungen in den Fachbereichen der Verwaltung planvoll aufgegriffen, in die tägliche Arbeit integriert und Maßnahmen bereichsübergreifend abgestimmt werden. Allerdings gibt es zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels auf der kommunalen Ebene noch kaum Standardlösungen und Patentrezepte. Lösungswege müssen jeweils im Einklang mit den lokalen Gegebenheiten gefunden und umgesetzt werden. Bewährte Mittel, um die Erfahrungen von Vorreitern an andere Kommunen weiterzugeben, sind das Aufzeigen von guten Beispielen und der persönliche Austausch der Akteure.

Für den metropolfernen ländlichen Raum, insbesondere in den mittleren und nördlichen Landesteilen, sind Strategien zu entwickeln, die langfristig zu selbsttragenden, wenn auch möglicherweise stark veränderten Strukturen führen. Eine dauerhafte Abhängigkeit von Subventionen und Querfinanzierungen ist für alle Akteure, Zahler wie Empfänger, unbefriedigend. Auch eine Alimentierung nach dem „Gießkannenprinzip“ schließt sich aus. Es wird zu drastischen Konsequenzen für Teilräume und Siedlungen kommen. Diese zu antizipieren und rechtzeitig zu kommunizieren erscheint fair und angezeigt. Andererseits finden sich auch in der Peripherie durchaus starke „Inseln“ und hervorragendes Potential für spezifisch ausgewählte Entwicklungen.

In Südhessen kulminieren die Problemlagen in Bezug auf verfügbare Fläche, bezahlbare Wohnungen, leistungsfähige Verkehrswege und lebenswerte Umweltbedingungen. Der Raum bleibt für mindestens noch eine Generation das Ziel von regionalen und großräumlichen Migrationsbewegungen. Hier spricht zunächst alles dafür, die polyzentrische Ausrichtung auch über Gemeindegrenzen hinweg zu erhalten und weiter fördern. Das raumordnerische Prinzip der „Dezentralen Konzentration“ ist in diesem Siedlungsraum ohnehin angelegt und bietet große Vorteile für die zukünftig bedeutsameren „weichen“ Standortfaktoren Lebensqualität, Naturnähe und Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Auch der eng mit dem Klimawandel verbundenen Forderung nach hoher Resilienz und geringer Vulnerabilität von Siedlungsstrukturen kann im polyzentrischen Raum bestens nachgekommen werden. Diese besondere Begabung der vorhandenen Struktur muss in ihrer Bedeutung erkannt, geschützt und gefördert werden.

Durch gezielte Nachverdichtung entlang von leistungsfähigen ÖPNV-Linien wird es möglich sein, dezentrale Lösungen für eine noch wachsende Bevölkerungszahl zu bieten. Dem Netzausbau ist deshalb hier Priorität einzuräumen. Um der wachsenden Flächenkonkurrenz und den Belastungen durch Mobilität und Verdichtung zu begegnen, werden konsequente und in Teilen auch unliebsame Strategien der Raumordnung nötig. Der Naturraum im Ballungsgebiet ist mit Augenmaß aber nachdrücklich zu verteidigen. Ökonomische Konzepte die auf ein rein quantitatives Wachstum nach Wirtschaftsleistung, Arbeitsplatzzahlen und BIP-Volumina setzen sind überkommenen, stattdessen sind qualitative Maxime vorzuziehen, um langfristig stabile und erfolgreiche Strukturen auszubilden. Letztlich kann deshalb auch die Lenkung von übermäßigem Siedlungsdruck und wirtschaftlicher Prosperität in periphere Landesteile langfristig zum Nutzen der Metropolregion sein.

Ohne steuernde Eingriffe durch die übergeordnete Raumplanung sind die gegenläufigen Prozesse nicht zufriedenstellend zu regulieren. Den grundsätzlich unterschiedlichen Teilregionen des Landes sollten auch verschiedene Funktionen zugewiesen werden. Eine Zielausrichtung aus übergeordneter Sicht erscheint notwendig, sollte aber durch die Einbindung von Akteuren vor Ort geerdet werden, um Akzeptanz zu finden. Es ist eine Komplementärstrategie erforderlich, die die Leistungsfähigkeit Südhessens bei hoher Lebensqualität aufrechterhält und zu einem gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land beiträgt, ohne „das Land“ als reinen Natur- oder Agrarraum zu manifestieren.

Grundsätzlich erscheint es sinnvoll, gegen die bisherige Strategie der Konzentration möglichst vieler Funktionen in den Oberzentren ein ausgedünntes aber hinreichendes Netz an starken Mittelzentren auszubilden. Diese sollten die Versorgung in ihrem Einzugsbereich gewährleisten können. Hier könnten die Netzknoten einer alternativen Versorgungs- und

Sicherheitsinfrastruktur angesiedelt sein. Internetunterstützte medizinische Versorgung und Bildungsangebote sowie mobile Dienste hätten hier ihre Basen. Die „positiven Inseln“ tragen zur Stabilisierung des Gesamttraumes bei und sollten auch administrativ in Form der Bereithaltung von öffentlichen Dienstleistungen (Behörden) gestützt werden.

Mit Blick auf die Aufsetzung oder Weiterführung der Förderkulisse ist eine kritische Bestandsaufnahme dessen angebracht, ob angesichts des heute breit gestreuten Mitteleinsatzes aus unterschiedlichen Ebenen tatsächlich dauerhafte Stabilisierungsprozesse in Gang gesetzt werden konnten. Primär müssen Programme so gestaltet sein, dass sie stärker als bisher Impulsgeber sind und sich die Entwicklung oder Maßnahme nach der Förderphase eigenständig trägt.

Bereits längerfristige Erfahrungen mit vergleichbaren Entwicklungen sich entleerer ländlicher Räume haben insbesondere die östlichen Bundesländer. In einigen Teilen Europas stellen sehr dünn besiedelte Regionen sogar die traditionelle Raumstruktur dar. Die Raumordnung in Hessen sollte sich den Erfahrungen dieser Regionen bedienen und intensive „Best Practice“-Analysen durchführen.

Für das Land Hessen erscheint es letztlich dringend geboten, den sich rasch wandelnden gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch bei der Landesentwicklungsplanung Rechnung zu tragen. Der Landesentwicklungsplan Hessen (LEP) stammt aus dem Jahr 2000 und sollte insbesondere vor dem Hintergrund der sich verschärfenden räumlichen Disparitäten dringend fortgeschrieben werden. Die Landesentwicklungsplanung sollte in wichtigen raumwirksamen Themen (Bildungsangebote, Wirtschaftsstandorte, Einzelhandel, soziale und medizinische Versorgung uvm.) verstärkt konstruktiv-steuernd eingreifen. Hierzu ist es auch empfehlenswert, neben dem formalisierten und gerade für Außenstehende oft als zu technokratisch empfundenen Instrument des LEP im Sinne einer „emotionalen Raumplanung“ unkonventionelle Programme und Planungsansätze zu entwickeln.

### **3.4 Fragen**

- Der Demographische Wandel wird die hessische Wirtschaft in den kommenden Jahren herausfordern – um das Wohlstandsniveau zu halten, muss die Arbeit produktiver werden und Wettbewerbsvorteile Hessens müssen stärker genutzt werden. Wie will die hessische Landesregierung die hessischen Unternehmen bei dieser Herausforderung unterstützen?

- Durch den demographischen Wandel werden die regionalen Disparitäten in Hessen eher verstärkt. Gleichzeitig wird nach wie vor daran festgehalten, dass oberstes Ziel des Landes- wie der Förderpolitik „gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen“ (Art. 72 Abs. 2 GG) seien. Es ist abzusehen, dass dies nach bisheriger Lesart von der Gesellschaft schon heute kaum finanziert werden kann. Wie stellt sich die Landesregierung zum Postulat der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ – wie sollen diese erreicht werden? Wäre die gezielte Stärkung der Mittel- und Oberzentren in Mittel- und Nordhessen eine Option?
- Die Initiative der Landesregierung zur Anwerbung spanischer Fachkräfte ist ausdrücklich zu loben. Wie soll sichergestellt werden, dass diese sich in Hessen integrieren können, um neue Integrationsprobleme zu vermeiden?
- Der demographische Wandel ist längst in vollem Gang; um Schulabgänger für Beruf oder Studium zu qualifizieren, werden integrierte Konzepte gefordert, die bereits vor der Schule ansetzen und MINT-Fächer stärker betonen. Der Geschwindigkeit des demographischen Wandels folgend müssten auch solche Konzepte rasch umgesetzt werden. Wann ist damit zu rechnen?

## 4 Länger und gesünder leben wollen

Der demographische Wandel und die erweiterte Lebensspanne der Bevölkerung sind zu wesentlichen Teilen von der sich stetig verbessernden medizinischen Versorgung verursacht. Allerdings besteht zwischen medizinischem Fortschritt und demographischen Strukturen kein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Entwicklungen in der Demographie und im Gesundheitsbereich stehen vielmehr in einer Wechselwirkung zueinander: In einer älter werdenden Gesellschaft wird der Bedarf an Produkten und Dienstleistungen der Gesundheitswirtschaft ansteigen. Die erweiterte Lebensspanne einer immer älter werdenden Bevölkerung führt zudem zu einem sich verändernden Gesundheitsbewusstsein. Maßnahmen zur Vorsorge, Prävention und zur Erhaltung der körperlichen Leistungsfähigkeit im Alter gewinnen gegenüber der Heilung und Linderung im Krankheitsfall eine immer größere Bedeutung.

### 4.1 *Neuer Trend: Bewusst gesund*

Gesund zu leben und im Alter körperlich und geistig leistungsfähig zu sein ist einer wachsenden Zahl von Menschen sehr wichtig. 33 % der Bevölkerung gaben im Jahr 2007 an, sehr bewusst auf die eigene Gesundheit zu achten<sup>16</sup>. Gesund und lange zu leben ist gesellschaftlicher Trend. Er ist zum einen der älter werdenden Gesellschaft und deren gesteigertem Bedarf an Gesundheitsleistungen geschuldet, hat jedoch andererseits auch psychologische und soziale Ursachen. In der Gesellschaft wird Gesundheit zunehmend als ein Lebensgefühl beziehungsweise als „Lifestyle“ begriffen. Gesund ist nicht mehr automatisch derjenige, der nicht krank ist. Der Gesundheitsbegriff ist heute wesentlich vielschichtiger. Entsprechend der WHO-Definition ist Gesundheit ein „Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen<sup>17</sup>“. Ebenso weit gefasst ist der Begriff der Gesundheitswirtschaft. Hierzu zählen neben dem klassischen, heilungsorientierten Gesundheitswesen auch Maßnahmen zur Prävention, Rehabilitation und Pflege, also ergänzende Angebote für die individuelle Nachfrage nach Gesundheitsleistungen.

Gesundheit ist damit als ein zu erreichender Idealzustand zu verstehen, der durch eigenes, aktives Tun positiv beeinflusst werden kann. Aus diesem Verständnis heraus erwächst ein Anreiz, in die persönliche Gesundheit zu investieren. Dieser Anreiz wird durch die stetig

---

<sup>16</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (2007): Mehr Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung. Allensbach.

<sup>17</sup> Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

ansteigenden Ausgaben im Gesundheitsbereich abgebildet. Eine Weltbevölkerung von fast 7 Mrd. Menschen gab pro Kopf im Jahr 2010 1017 US-Dollar für Gesundheitsleistungen aus. Im Jahr 2000 waren es bei ca. 6,1 Mrd. Menschen noch lediglich 564 US-Dollar<sup>18</sup>.

#### **4.2 Die Grenzen der Finanzierbarkeit**

Die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen eröffnet einerseits neue Wachstumspotentiale, andererseits stellt sie soziale Sicherungssysteme auch in Deutschland vor große Herausforderungen. 168,7 Mrd. Euro wurden von den gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland im Jahr 2011 ausgegeben, im Jahre 2006 waren es noch 138,7 Mrd. Euro<sup>19</sup>. Dieser Anstieg wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Zugleich wird das Erwerbspotential der gesetzlichen Krankenversicherungen durch den demographischen Wandel in den kommenden Jahren weiter absinken. Auf lange Sicht besteht damit ein großer Anpassungsdruck. Die Sicherstellung einer finanzierbaren medizinischen Versorgung auf hohem Niveau wird zu einer großen, wenn nicht der größten gesellschaftlichen Aufgabe der Zukunft. Kurzfristig könnte ein gesteigerter Wettbewerb der Anbieter im Gesundheitswesen – soweit er in dem System der gesetzlichen Krankenversicherungen überhaupt möglich ist – zu einer effizienteren Verwendung der vorhandenen Mittel und der Vermeidung von Überangeboten von Gesundheitsleistungen und damit zu Einsparungen im Gesundheitswesen führen. Zudem ist eine größere Kostentransparenz herzustellen und das Kostenbewusstsein der gesetzlich Versicherten zu fördern. Eine stärkere Souveränität der Versicherten durch individuelle Wahlmöglichkeiten könnte so die Gesundheitswirtschaft als Ganzes stärken. Die Einführung einer Bürgerpauschale für die Grundversorgung und die Möglichkeit der individuellen Vergütung für zusätzliche Leistungen wäre hierzu der richtige Weg.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes im Januar 2011 müssen neu zugelassene Arzneimittel ihren Zusatznutzen im Vergleich zu einer Vergleichstherapie im Rahmen einer sogenannten „frühen Nutzenbewertung“ unter Beweis stellen. Fällt diese Nutzenbewertung positiv aus, wird ein Erstattungspreis für das Arzneimittel vereinbart. Dieser Preis soll den Forschungsaufwendungen des Pharmazeutischen Unternehmers Rechnung tragen. Kann ein Zusatznutzen nicht festgestellt werden, wird für das Arzneimittel ein Festbetrag festgesetzt. Diese frühe Nutzenbewertung

---

<sup>18</sup> WHO (2013): World Health Statistics 2013.

<sup>19</sup> GKV-Spitzenverband (2013): Kennzahlen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Berlin.

hat zu Einsparungen von etwa 120 Millionen Euro im Gesundheitswesen geführt<sup>20</sup>. Ihre Methodik, insbesondere die Festsetzung einer Vergleichstherapie, führt jedoch nach wie vor zu Kontroversen. Die Einsparungen im Gesundheitswesen treffen den Pharmastandort Hessen, der eine führende Rolle in der Arzneimittelforschung einnimmt, in besonderem Maße. Künftige Reformbemühungen dürfen daher nicht einseitig auf die Verringerung der Gesundheitsausgaben abzielen, sondern müssen gleichzeitig den Erhalt der pharmazeutischen Industrie in Deutschland und in Hessen sicherstellen. Maßnahmen zur Senkung der Gesundheitsausgaben dürfen nicht dazu führen, dass sich Forschung und Innovationen nicht mehr lohnen. Letztlich bedeuten Arzneimittelinnovationen nicht nur finanzielle Vorteile für die pharmazeutische Industrie, sondern auch für die Gesamtheit der Versicherten.

### **4.3 Gesundheitsbewusstsein und Gesundheitswirtschaft**

Der demographische Wandel und das gesteigerte Gesundheitsbewusstsein sind wesentliche Ursachen für die Fortentwicklung der Gesundheitswirtschaft – auch in Hessen. Kern der Gesundheitswirtschaft sind im Wesentlichen die Bereiche der ambulanten und stationären Versorgung. Sie werden oft als „Gesundheitswesen“ bezeichnet. Neben diesem Kernbereich existiert jedoch eine Vielzahl von Bereichen, die zu dem erweiterten Kreis der Gesundheitswirtschaft zu zählen sind und die wirtschaftlich ebenfalls sehr bedeutsam sind. Beispielhaft zu nennen sind hier die Vor- und Zulieferindustrien, darunter zuvorderst die pharmazeutische Industrie. Allein für die Versorgung mit Arzneimitteln gaben die gesetzlichen Krankenversicherungen im Jahr 2011 28,9 Mrd. Euro aus<sup>21</sup>. Neben den Ausgaben der Sozialversicherungsträger steigen insbesondere auch die Ausgaben der privaten Haushalte für frei verkäufliche Arzneimittel, freiwillige ärztliche Leistungen und Angebote der sog. Alternativmedizin deutlich an. Während im Jahr 1998 erst 3,6 % des Budgets eines durchschnittlichen privaten Haushalts für Gesundheitspflege ausgegeben wurde, waren es im Jahr 2008 bereits 4,2 %<sup>22</sup>. Die pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnisse der Industrien eröffnen zudem neue Handelsbereiche. Davon ist der Großhandel von Arzneimitteln genauso umfasst wie die Abgabe eines Medikaments durch den Apotheker an den Endverbraucher. Ein weiterer Bereich betrifft private Kranken- und Zusatzversicherungen. Schließlich sind auch Rand- und Nachbarbereiche wie etwa der

---

<sup>20</sup> Deutsches Ärzteblatt, 30.05.2013: <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/54606/GKV-Spitzenverband-AMNOG-ist-ein-Riesenerfolg>

<sup>21</sup> GKV-Spitzenverband (2013), Kennzahlen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Berlin.

<sup>22</sup> Statistisches Bundesamt, Datenreport (2011): Private Haushalte: Einkommen, Ausgaben, Ausstattung.

Gesundheitstourismus, Wellness-, Sport- und Freizeitangebote von dem Begriff der Gesundheitswirtschaft umfasst. Diese Wirtschaftszweige profitieren von der zunehmenden Bereitschaft, in Dienstleistungen und Konsumgüter zu investieren, die zumindest mittelbar der Verbesserung oder dem Erhalt der Gesundheit dienen. So steigt beispielsweise die Nachfrage nach regionalen- und Bio-Produkten. Sportartikel und Outdoor-Funktionskleidung sind begehrte Konsumgüter und werden sogar zu Statussymbolen. „Wellness“ und Gesundheitsreisen sind mittlerweile eigene und etablierte Kategorien der Tourismusbranche. Mehr als 7,5 Millionen Deutsche waren im Jahr 2011 Mitglied eines Fitnessstudios, im Jahr 2005 waren es noch lediglich 4,7 Millionen Mitglieder<sup>23</sup>.

Der demographische Wandel, ein steigendes Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung und eine ansteigende Kaufkraft sprechen dafür, dass sich der Bereich der Gesundheitswirtschaft in Zukunft weiter positiv entwickeln wird und auch in Hessen für Wachstum und Beschäftigung sorgt.

#### **4.4 Gesundheitswirtschaft in Hessen**

Im Land Hessen ist die Gesundheitswirtschaft bereits zur Leitbranche geworden. Ihr Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung und an der Beschäftigung in Hessen wächst stetig. Nahezu jeder siebte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ist in Hessen in der Gesundheitswirtschaft tätig. In Hessen insgesamt beschäftigt die Branche rund 345.000 Menschen<sup>24</sup>.

In den Hessischen Krankenhäusern waren im Jahr 2008 insgesamt 89.200 Menschen beschäftigt, knapp 42.000 Menschen waren in den hessischen Arzt- oder Zahnarztpraxen tätig. Über 51.000 Menschen waren 2008 in hessischen Pflegeeinrichtungen tätig<sup>25</sup>.

Eine herausragende Bedeutung in Hessen kommt jedoch den Unternehmen der Gesundheitsindustrie zu. Diese tragen erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung bei, und zwar mit direkter und indirekter Wertschöpfung, mit direkten und indirekten Investitionen, mit direkten und indirekten Steuern sowie mit direkten und indirekten Arbeitsplätzen. 77.000 Menschen, darunter sehr viele Hochqualifizierte, sind in der Gesundheitsindustrie in Hessen tätig.

---

<sup>23</sup> Deloitte – Studie (2011): Der Deutsche Fitnessmarkt 2011.

<sup>24</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2010): Struktur und Entwicklung der Gesundheitsindustrie in Hessen. Wiesbaden.

<sup>25</sup> Hessisches Statistisches Landesamt (2010): Gesundheitswirtschaft in Hessen. Wiesbaden.

Hessen ist der wichtigste Produktionsstandort für die Pharma-Unternehmen in Deutschland. Der Umsatzanteil der hessischen Pharmaindustrie beträgt 25 % des Pharmaumsatzes in Deutschland. Damit ist Hessen führend. Bei den Beschäftigtenzahlen in der pharmazeutischen Industrie liegt Hessen mit 19.000 Beschäftigten bzw. einem Anteil von 18 % hinter Baden Württemberg auf Platz zwei<sup>26</sup>. Sie erwirtschaftet knapp 10% des Umsatzes und fast 13% des Auslandsumsatzes des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Sie vereint 5% der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes auf sich und trägt 9% der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes<sup>27</sup>.

In der Medizintechnik ist Deutschland im internationalen Ranking Exporteur Nr. 2 und Produzent Nr. 3<sup>28</sup>. In Hessen haben sich neben bedeutenden Unternehmen im Rhein-Main Gebiet Cluster in Mittel- und Nordhessen vom kleinen Mittelständler bis zum Weltmarktführer herausgebildet. Als Innovationsbranche, deren Produkte nur zum Teil öffentlich finanziert werden und deren Eintrittsschwellen vielfach unter denen von Arzneimitteln liegen, hat die Medizintechnik höhere Steigerungsraten zu erwarten als der innovative Pharmasektor.

### **4.5 Zukunftsperspektiven der hessischen Gesundheitswirtschaft**

Der demographische Wandel und das einhergehende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung werden den Gesundheitsmarkt künftig welt-, bundes- und auch hessenweit prägen. Der demographische Wandel bietet Unternehmen auch Wachstumschancen: Aus der demographischen Entwicklung und dem wachsenden Wohlstand in den sogenannten Schwellenländern ergeben sich zusätzliche Potenziale für die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Gesundheitswirtschaft. Die Nachfrage im Gesundheitssektor wird nicht nur aufgrund der Zunahme spezifischer Erkrankungen, die ab dem 65. Lebensjahr gehäuft auftreten, steigen, sondern auch aufgrund des steigenden Gesundheitsbewusstseins. Prognosen gehen von einem Wachstum des globalen Gesundheitsmarktes von heute rund 6 Billionen US-Dollar auf rund 20 Billionen US-Dollar bis zum Jahr 2030 aus, wenn sich die Trends unverändert fortsetzen<sup>29</sup>. Dieser Trend gilt ganz speziell für die Pharmabranche. Zwischen dem Jahr 2000 bis 2009 stieg der weltweite

---

<sup>26</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft IW Köln.

<sup>27</sup> Kirchhoff, Jasmina / Verband forschender Arzneimittelhersteller / Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2012): Die Pharmaindustrie in Hessen. Köln.

<sup>28</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005): Studie zur Situation der Medizintechnik in Deutschland im internationalen Vergleich. Berlin.

<sup>29</sup> Roland Berger (2011), Weltweite Gesundheitswirtschaft – Chancen für Deutschland.

Pharmaumsatz von 380 auf 770 Mrd. US-Dollar und damit jährlich um rund 3 % stärker als das nominale Welt-Bruttoinlandsprodukt<sup>30</sup>.

Die Kostendämpfungsmaßnahmen, die im Rahmen der zurückliegenden Gesundheitsreformen zu massiven Einsparungen insbesondere im Bereich der zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verordneten Arzneimittel führten, erschweren das nationale Wachstum der Gesundheitsindustrie, auch in Hessen. Trotz des Wachstums des weltweiten Gesundheitsmarktes ist davon auszugehen, dass der nationale Gesundheitsmarkt auch künftig mit den Folgen von Finanzrestriktionen zu kämpfen haben wird. Durch eine exportorientierte Strategie kann jedoch die weltweit ansteigende Nachfrage nach Arzneimitteln auch von pharmazeutischen Unternehmen mit Sitz in Hessen bedient-, und der Pharmastandort Hessen so für die Zukunft gesichert werden. Wichtige Zukunftsmärkte werden dabei insbesondere die sogenannten BRICS-Staaten sein<sup>31</sup>

Nicht nur die pharmazeutische Industrie, auch die Krankenhäuser werden künftig einen immer stärker werdenden Kostendruck erfahren. Dies wird zwangsläufig zu weitergehenden Privatisierungen von Kliniken der öffentlichen Hand führen. Zusätzlich ist von einem Anstieg der Fallzahlen auszugehen, insbesondere der Anteil älterer Patienten wird steigen. Im Jahre 2030 dürften über 60 % der Patienten in Krankenhäusern über 60 Jahre alt sein<sup>32</sup>. Dieser Trend bietet insbesondere Chancen für Klinikbetreiber, die ihr Leistungsspektrum an die sich verändernden Bedürfnisse der Patienten anpassen. Dennoch werden weitere strukturelle Änderungen erforderlich sein, um einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen. Die Verweildauer der Patienten, die seit der Einführung der sogenannten Fallpauschale bis auf 7,7 Tage im Jahr gesunken ist<sup>33</sup>, wird weiter abnehmen müssen. Innovative Behandlungsmethoden wie etwa die minimal-invasive Chirurgie eröffnen hierzu Möglichkeiten. Möglichkeiten der ambulanten Durchführung von Operationen sind auszuloten.

Verändern wird sich auch die Struktur der vertragsärztlichen Versorgung. Der Trend zur Bildung von medizinischen Versorgungszentren, die ein breites medizinisches Spektrum abbilden, wird sich insbesondere in den städtischen Räumen fortsetzen. Die Anzahl der

---

<sup>30</sup> Industrie- und Handelskammer Frankfurt (2011): Gesundheitswirtschaft und demografischer Wandel. Frankfurt.

<sup>31</sup> Roland Berger (2011): Weltweite Gesundheitswirtschaft – Chancen für Deutschland.

<sup>32</sup> Deutsche Bank / DB Research (2012): Gesundheitswirtschaft: Weiteres Aufwärtspotential. Frankfurt.

<sup>33</sup> Deutsche Bank / DB Research (2012): Gesundheitswirtschaft: Weiteres Aufwärtspotential. Frankfurt.

niedergelassenen Ärzte hingegen geht seit dem Jahr 2008 zurück<sup>34</sup>. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Ursachen hierfür sind zum einen das altersbedingte Ausscheiden einiger Ärzte aus dem Berufsleben. Zum anderen scheinen das Interesse und die Bereitschaft junger Ärzte zur Gründung oder Übernahme einer Einzelpraxis zurückzugehen. Mittelfristig könnte es daher, trotz im Durchschnitt jährlich ansteigenden Ärztezahlen, insbesondere in den ländlichen Räumen zu schlechteren Pro-Kopf- Versorgungssituationen kommen.

Der demographische Wandel wird zu einer rasant steigenden Nachfrage im Bereich der Pflege und Betreuung führen. Dies beinhaltet nicht nur die Pflege und Betreuung einer steigenden Zahl älterer und gebrechlicher Menschen. Typische Alterserkrankungen werden ebenso zunehmen. Derzeit leben ca. 1,3 Millionen Menschen mit Demenzerkrankungen in Deutschland, diese Zahl wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln<sup>35</sup>. Diese Entwicklung stellt sich für Pflegeunternehmen als große Chance dar. Mit den gestiegenen Ansprüchen an eine individuelle und persönliche Pflege im Alter wird der Bedarf an Pflegeheimen in Innenstadtlage weiter ansteigen und auch zu einem städteplanerischen Aspekt werden. Auch wird großer Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal bestehen. Einem drohenden Mangel an Pflegepersonal kann durch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte entgegengetreten werden.

Neben dem demographischen Wandel wird die Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch durch den medizintechnischen Fortschritt geprägt werden. Beispielhaft zu nennen ist hier der Bereich der Telemedizin. Durch die Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) können Patienten unter anderem untersucht beziehungsweise überwacht werden. Die Verwendung von IKT kann dabei helfen, insbesondere in ländlichen Räumen die Distanzen zwischen Arzt und Patient zu überbrücken.

Großes Wachstumspotential besteht in den Randbereichen der Gesundheitswirtschaft, insbesondere in den Bereichen Gesundheitstourismus, „Medical Wellness“ und gesundheitsbezogener Ernährung. Die jährlich ansteigende Kaufkraft und das immer ausgeprägtere Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung wird in diesen Bereichen künftig für große Nachfrage sorgen und bietet Chancen auch für die eher ländlich geprägten Räume.

---

<sup>34</sup> Deutsche Bank / DB Research (2012): Gesundheitswirtschaft: Weiteres Aufwärtspotential. Frankfurt.

<sup>35</sup> Berlin Institut (2011): Demenz Report. Berlin.

#### **4.6 Hessens Stellung sichern**

Der Erfolg der Gesundheitswirtschaft in Hessen beruht nachhaltig auf den Erfolgen der pharmazeutischen Industrie in Hessen. Die forschenden Arzneimittelhersteller schöpfen ihre Erfolge wiederum maßgeblich aus ihrer Innovationskraft. Gut ausgebildete Fachkräfte sind dabei der Schlüssel zu Innovationen. Unerlässlich sind auch Kooperationen zwischen Kliniken, Pharmaindustrie und der Wissenschaft. Hessen ist hierfür gut aufgestellt und verfügt im Bereich der Medizin und Gesundheitswirtschaft über eine hervorragende Ausgangsposition. Die Hochschulmedizin ist in Hessen stark ausgeprägt, die Uniklinik Gießen und Marburg GmbH ist die drittgrößte Uniklinik in Deutschland. Die Kliniklandschaft ist von einer Vielzahl von Supramaximalversorgern und erfolgreichen Spezialkliniken (z.B. Kerckhoff) geprägt. Eine Reihe von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Beteiligungen an Deutschen Gesundheitsforschungszentren sowie die bereits erwähnte große Tradition in der forschenden Pharmawirtschaft und Medizintechnik werden auch künftig zu einer starken Gesundheitsindustrie in Hessen beitragen. Aber auch für Hessen ergeben sich Herausforderungen und bislang ungenutzte Potentiale. Zu häufig werden die translationalen Wertschöpfungsketten im Bereich der präklinischen Forschung unterbrochen. Unabgestimmtheiten in der Aufstellung der Krankenhauslandschaft führen zu hohen Kosten und Ineffizienzen. Erste Ansätze zur notwendigen Bündelung und Vernetzung von Kräften sind bereits zu beobachten (z.B. die gesundheitswirtschaftliche Initiative der Landesregierung und die Aktivitäten rund um das „House of Pharma“ in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sowie die erfolgreiche Bildung von trügerschaftsübergreifenden Krankenversorgungsnetzwerken mit komplementärer Spezialisierung von kleineren Krankenhäusern in Mittelhessen). Diese Initiativen gilt es zu verstärken und hieraus eine Gesamtstrategie für Hochschulmedizin, Gesundheitswirtschaft und Krankenversorgung zu entwickeln. Für eine solche Gesamtstrategie sind unter anderen folgende Aspekte relevant:

- die Bündelung aller Kompetenzen in Hessen in Wissenschaft und Wirtschaft bei der Gesundheitswirtschaftsinitiative des Landes Hessen;
- eine gesamthafte Strategie zur erfolgreichen Gestaltung der gesamten translationalen Kette von der Grundlagenforschung bis zur Produktgenerierung und -verwertung;
- die Sicherung der ressourciellen Grundlagen der Universitätsmedizin (vgl. die aktuelle und systemimmanent verursachte Finanznot zahlreicher Uniklinika aufgrund des DRG-Systems);
- die hessenweite Bildung von abgestimmten Krankenhausnetzwerken mit einem Supramaximalversorger im Zentrum, hierdurch auch eine effizientere Nutzung und

Kapazitätsanpassung von Krankenversorgungskapazitäten sowie eine abgestimmte Entscheidung über notwendige Investitionen.

Die Aufgabe der Hessischen Landesregierung wird weiterhin sowohl in der Förderung der Gesundheitswirtschaft, aber auch in Standortmarketing bestehen. Der Fokus hierfür sollte nicht nur auf kleine Teilbereiche der Gesundheitswirtschaft wie Biotechnologie oder Medizintechnik gelegt werden, sondern auf den Wirtschaftsfaktor „Gesundheit“ in seiner Gesamtheit. Dies umfasst ebenso die klassische Pharmaindustrie wie den Gesundheitstourismus. Die Vernetzung der Gesundheitswirtschaft sollte überdies nicht an den Landesgrenzen Halt machen; vielmehr gilt es, auch Ländergrenzen überschreitende Clusterinitiativen zu stärken.

#### **4.7 Fragen**

- Der Bereich der Gesundheitswirtschaft, insbesondere die pharmazeutische Industrie, ist für Hessen von großer Bedeutung. Der Gesetzgeber auf Bundesebene ist seit Jahren um Einsparungen im Gesundheits-, speziell im Arzneimittelbereich bemüht. Wie steht die Hessische Landesregierung zu dem Pharmastandort Hessen und zu den Einsparbemühungen im Gesundheitswesen?
- Um Kräfte und Know-How in der Gesundheitswirtschaft zu bündeln, könnte eine Gesamtstrategie für Hochschulmedizin, Gesundheitswirtschaft und Krankenversorgung in Hessen entwickelt werden. Hält die Hessische Landesregierung ein solches Vorhaben für zielführend und praktikabel? Welche Rolle könnte die Landesregierung bei der Erarbeitung einer solchen Gesamtstrategie spielen?
- Wie kann innerhalb des Bundeslandes die bestmögliche Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation zwischen staatlichen und privaten Akteuren im Gesamtinteresse der Gesundheitswirtschaft, der Krankenversorgung und der Hochschulmedizin erreicht werden?

## 5 Infrastruktur als Grundlage der Volkswirtschaft sichern

In der öffentlichen Darstellung wird Infrastruktur häufig mit Verkehrsinfrastruktur gleichgesetzt. Tatsächlich ist der Begriff der Infrastruktur viel breiter: Der Begriff umfasst alle Einrichtungen, die nötig sind, um das Funktionieren einer Volkswirtschaft zu ermöglichen<sup>36</sup> – und zwar unabhängig davon, ob sie von Privaten oder der öffentlichen Hand erstellt werden. So gehören zur Infrastruktur neben Ver- und Entsorgungseinrichtungen (Strom-, Gas-, Wasser-, Abwassernetze, Telekommunikation), den Verkehrswegen und -leistungen (Öffentlicher Personenverkehr) auch öffentliche Einrichtungen jeder Art (z.B. Kindergärten, Krankenhäuser sowie kulturelle Einrichtungen) sowie Ausbildungsstätten (Schulen, Hochschulen). Dabei wird deutlich, dass die Nutzung von Infrastruktur sowohl kostenfrei, als auch kostenpflichtig sein kann und dass öffentliche wie private Betriebsformen möglich sind. Volkswirtschaftlich betrachtet ist die Ausstattung mit Infrastruktur dann optimal, wenn Angebot und Nachfrage übereinstimmen: Existiert eine Unterversorgung, d.h. die Nachfrage kann nicht befriedigt werden, wirkt dies wachstumshemmend; gibt es ein Überangebot, so bedeutet dies zwar auch Wachstumsmöglichkeiten, zunächst aber jedoch zusätzliche, eigentlich unnötige Investitionen des Trägers der Infrastruktur. Faktisch dürfte es praktisch nie vorkommen, dass Angebot und Nachfrage nach Infrastruktur völlig und in allen Bereichen miteinander in Einklang sind.

Betrachtet man die Ausstattung Deutschlands mit Infrastruktur jedweder Art, ist festzustellen, dass sich Deutschland auf einem hohen Ausstattungsniveau bewegt. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass sich je nach Bereich Defizite in den Standards und der Ausstattung ergeben oder mit Blick auf den demographischen Wandel Anpassungsbedarf existiert. Dies gilt auch für Hessen. Im Folgenden sollen drei Bereiche herausgegriffen werden, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht. Dies sind die Verkehrsinfrastruktur, weil hier in besonderer Weise Handlungsbedarf gesehen wird, sowie die Bildungseinrichtungen, die durch den künftigen Fachkräftebedarf sowie den demographischen Wandel besonders gefordert sind. Handlungsbedarf besteht auch im Bereich der Energieversorgung, deren Umstellung auf erneuerbare Energien derzeit im Fokus steht.

---

<sup>36</sup> Zum Infrastruktur-Begriff sowie den volkswirtschaftlichen Implikationen der Über- oder Unterversorgung mit Infrastruktur vgl. Jochimsen, R. (1966): Theorie der Infrastruktur, Tübingen.

## 5.1 Verkehrswege erhalten

Bei der Verkehrsinfrastruktur zeigen sich die Folgen einer unzureichenden Infrastrukturpolitik am deutlichsten: In den Jahren 1998 bis 2012 ist die Investitionsquote des Bundes von 13% auf 9,6% gesunken, die jährliche Unterfinanzierung für alle Verkehrswege beziffert der BDI gemeinsam mit anderen Verbänden auf 4 Mrd. € – statt der jährlich etwa 10 Mrd. €, die investiert werden, wären 14 Mrd. € nötig, um die bundeseigene Infrastruktur zu erhalten und, wo nötig, auch auszubauen.<sup>37</sup> Die negativen Effekte der fehlenden Infrastruktur sind für jedermann deutlich auf den Straßen sichtbar: Geschwindigkeitsbeschränkungen wegen Straßen- oder Brückenschäden, hohe Belastungen in zahlreichen Ortslagen durch fehlende Ortsumgehungen oder Staus in Folge von Verkehrsüberlastung. In Hessen verschärft sich die Situation dadurch, dass sich regionale und überregionale Verkehre stark überlagern: Die zentrale Lage sowie die Bedeutung des Logistikstandorts führen dazu, dass in Hessen täglich auf den Autobahnen 60.500 Fahrzeuge gezählt werden (Bundesschnitt 46.000) – der höchste Wert unter den deutschen Flächenländern und 30% über dem Bundesschnitt.

In der Abbildung 4 ist dies an den Grün-, Gelb-, Rot- sowie Schwarztönen zu erkennen (Verkehrsstärken >50.000 Fahrzeuge/Tag; Blau- und Weißtöne stehen für Verkehrsstärken unter 50.000 Fahrzeuge/Tag). Insgesamt hat der Verkehr auf Hessens Straßen seit 1995 um rd. 6,5% zugenommen, wobei einzelne Fahrzeugsegmente noch einmal hervorstechen: So hat der Anteil der „Sprinter“ (LKW <3,5t) seit 1995 um 82% zugenommen, der der LKW um 32% (bezogen auf das Gesamtnetz)<sup>38</sup>.

Dies hinterlässt auch an der Infrastruktur Spuren: Der 2. Mobilitätsbericht des Hessischen Mobilitätsbeauftragten<sup>39</sup> unterstreicht dies. Trotz hoher jährlicher Investitionen des Landes von bis zu 155 Mio. € (2009) sowie von bis zu rd. 580 Mio. € (2012) durch den Bund haben sich die Zustandsnoten verschlechtert. Zumindest teilweise ist dies darauf zurückzuführen, dass große Teile der Verkehrsinfrastruktur in den 1960er und 1970er Jahren errichtet wurden und jetzt das Ende ihrer Nutzungszeit erreichen. Beispielhaft sei die A45 genannt, an der nahezu alle Brücken saniert oder ersetzt werden müssen – mit einem geschätzten Gesamtvolumen von etwa 800 Mio. €. Es zeigt sich einmal mehr, dass die rechtzeitige Durchführung von Erhaltungsmaßnahmen einen Beitrag dazu leisten kann, Kosten zu reduzieren bzw. teure Ersatzneubauten zu vermeiden. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass

---

<sup>37</sup> BDI u.a. (2012): Damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt. In die Verkehrsinfrastruktur investieren, die Grundlage des Wachstums sichern. Berlin.

<sup>38</sup> HessenMobil (2012): Was ist los auf Hessens Straßen? Straßenverkehrszählung 2010. Wiesbaden.

<sup>39</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2013): Mobilität in Hessen. Entwicklungen und Perspektiven. Wiesbaden.

die Abschreibungen auf die Landesstraßen laut „Geschäftsbericht 2011“<sup>40</sup> des Landes Hessen bei 171,7 Mio. € liegen – allein diese Summe wäre erforderlich, um den Wertverlust der Landesstraßen aufzufangen. Aktuell wird jedoch weder bei Bundes-, noch bei den Landes- oder Kreisstraßen der Wertverlust ausgeglichen. Damit kann nur gefolgert werden, dass die Verkehrsinfrastruktur auf Verschleiß gefahren wird – dies ist auf Dauer nicht nur für den Staat als Investor und Eigentümer unwirtschaftlich, sondern fügt auch den Unternehmen, die die Infrastruktur nutzen, Schaden zu.

Auf der Schiene ist es ähnlich, auch hier sind zahlreiche hessische Strecken in ihrer Kapazität ausgeschöpft, wie die nachstehende Karte des Statistischen Bundesamtes belegt (Abbildung 5). Auffällig auch hier: In Hessen liegen zahlreiche Schienenstrecken, die zu den am höchsten belasteten Strecken des deutschen Netzes gehören. Insbesondere im Großraum Frankfurt ist die hohe Belastung unverkennbar. Dies ist der Raum, in dem durch den Ausbau der Strecke Frankfurt (West) – Bad Vilbel – Frankfurt, der Nordmainischen S-Bahn sowie der Aus-/Neubaustrecken Frankfurt – Mannheim und Hanau – Fulda dringend eine Entlastung des Schienennetzes erfolgen muss. Wie bei der Straße hemmen daher die fehlenden Finanzierungsperspektiven den Projektfortschritt. Angesichts der heute schon vorhandenen Belastungssituationen und der Dauer der Planungsverfahren wird so der entscheidende Wettbewerbsvorteil des Landes, die Infrastruktur, auf der Schiene mehr und mehr zu einem Engpassfaktor. Auch bei der Schiene wird deutlich: Die Investitionen des Bundes von derzeit etwa 4 Mrd. € reichen nicht aus, um das Schienennetz anforderungsgerecht zu erhalten oder gar auszubauen. Dies ist ein Problem, da die Schiene damit bspw. kaum mehr zusätzliche Kapazitäten für den wachsenden internationalen Containerverkehr zur Verfügung stellen kann – indirekt führt damit der Kapazitätsengpass der Schiene zu einer erhöhten Belastung der Straßen.

Für die Straße wie die Schiene gilt: Die Schwerpunktsetzung erfolgt nach Proporz und nicht nach dem tatsächlichen Bedarf – im volkswirtschaftlichen Sinne führt dies zu Fehlallokationen und ist ineffizient. Mit der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans besteht die Chance, methodisch wie inhaltlich neue Wege zu gehen und zu einer neuen Schwerpunktsetzung zu kommen: Diese sollte systematisch darauf setzen, zuerst Engpässe zu beseitigen und Lückenschlüsse zu vollenden, bevor neue Maßnahmen in Angriff genommen werden. Hauptkriterium der Mittelverteilung wäre dann nicht mehr die Einwohnerzahl, wie es heute bei der an den „Königsteiner Schlüssel“ angelehnten Verteilung der Fall ist, sondern die tatsächliche Netzbelastung. Möglichkeiten, Engpässe festzustellen und die Netzbelastungen zu ermitteln, gibt es z.B. über Staustunden auf der Straße oder

---

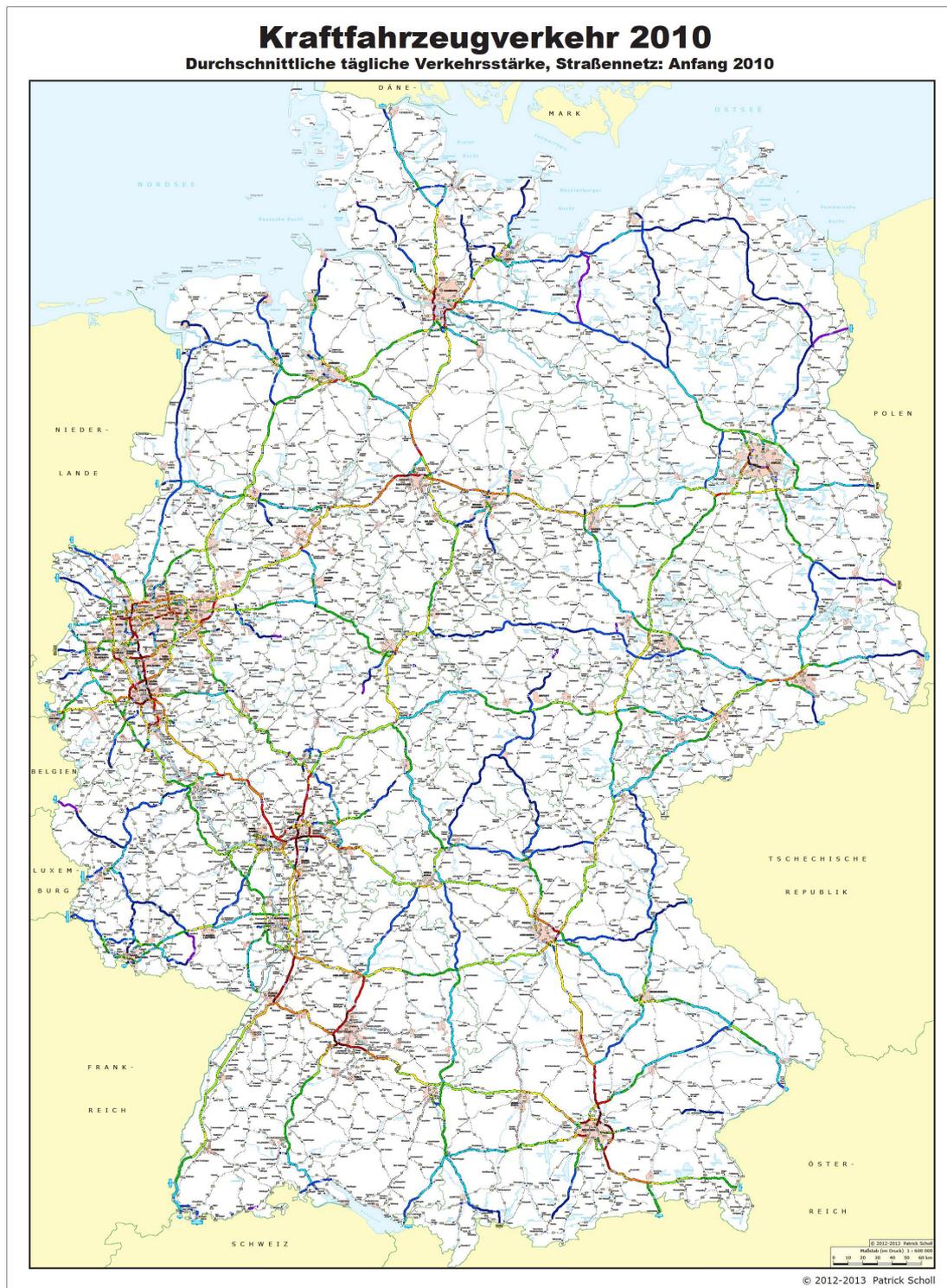
<sup>40</sup> Hessisches Ministerium der Finanzen (2012): Geschäftsbericht 2011. Wiesbaden.

über die Netzauslastung der Schiene. Bei der Engpassbeseitigung sollte zudem abgewogen werden, ob eine Erweiterung tatsächlich nötig ist oder ob mit Verkehrstelematik und moderner Signaltechnik dasselbe Ziel schneller und kostengünstiger erreicht werden kann. In Hessen wurden mit moderner Technik gute Erfahrungen gemacht: Erwähnt seien die Aktivitäten des Programmes „Staufreies Hessen 2015“ (z.B. die mittlerweile in vielen Ländern kopierte temporäre Seitenstreifenfreigabe) oder das Projekt „Frankfurt RheinMain<sup>plus</sup>“, zu dem u.a. auch die Erhöhung der Kapazität des Frankfurter S-Bahn-Tunnels gehört<sup>41</sup>.

---

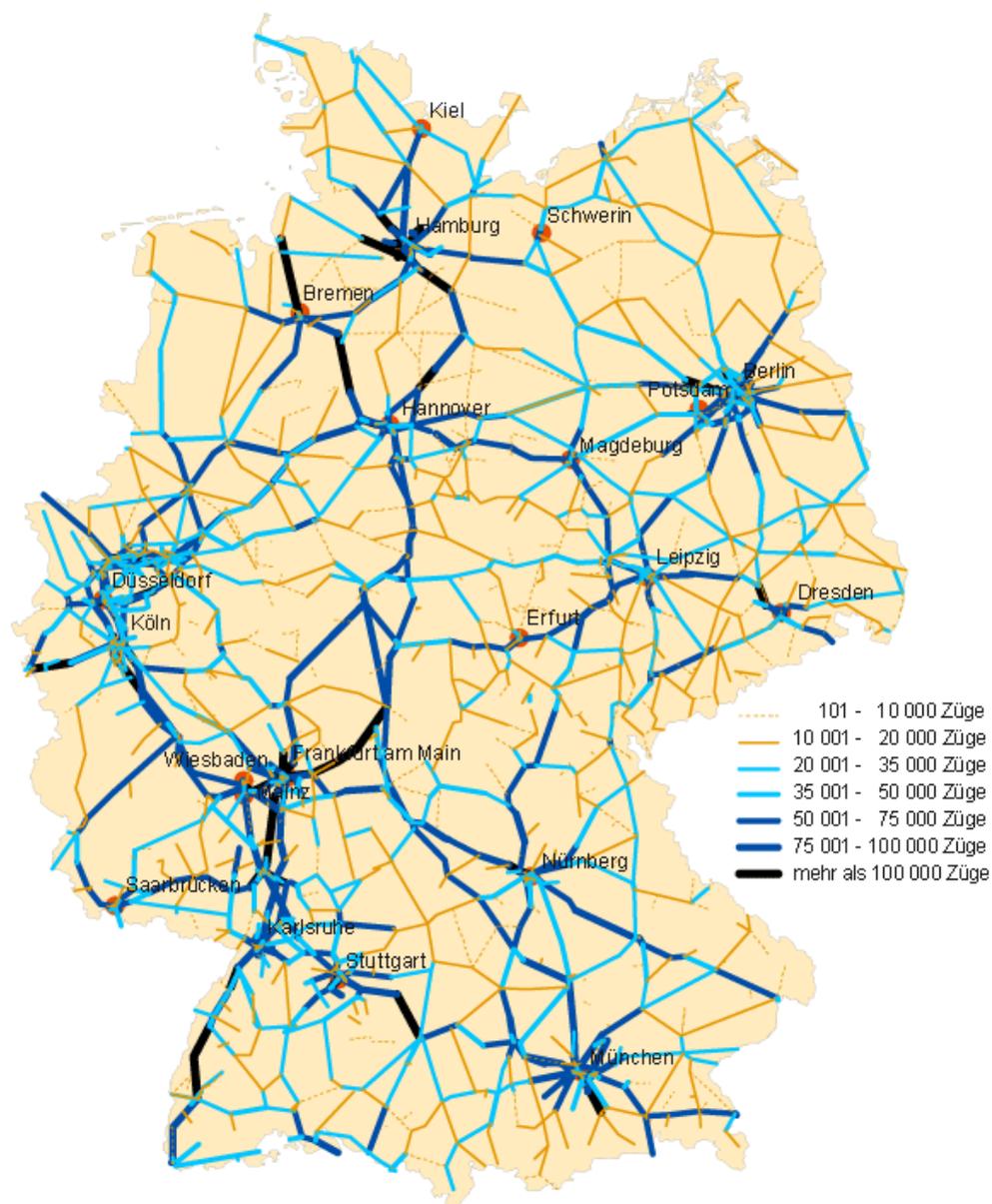
<sup>41</sup> DB Netze (2009): Frankfurt RheinMain<sup>plus</sup>. Das Projekt. Der Eisenbahnknoten. Die Schieneninfrastruktur. – Frankfurt.

Abbildung 4 - Kraftfahrzeugverkehr 2010<sup>42</sup>



<sup>42</sup> Patrick Scholl/<http://www.autobahnatlas-online.de/> (07.08.2013)

Abbildung 5 - Belastung des Schienennetzes der Eisenbahnen insgesamt 2010/43

**Belastung des Schienennetzes der Eisenbahnen insgesamt 2010**

Die Konzeption der Kartenerstellung basiert auf Netzknotenangaben. Der Lauf eines Zuges wird dabei durch die angegebenen Netzknoten bestimmt. In Ausnahmefällen kann das dazu führen, dass auf Streckenabschnitten Zugverkehr nachgewiesen wird, die sich nicht mehr in Betrieb befinden. Dies ist dann möglich, wenn der betreffende Streckenabschnitt den kürzesten Weg zwischen zwei Netzknoten darstellt.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012  
 Verwaltungsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland:  
 © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2011  
 Geografische Namen:  
 © GeoBasis-DE / BKG 2011

<sup>43</sup> Statistisches Bundesamt (2012): Verkehr – Eisenbahnverkehr - Betriebsdaten des Schienenverkehrs 2011, Fachserie 8 Reihe 2.1, Wiesbaden, Karte 1

## **5.2 Bildungsinfrastruktur mit ausreichenden Ressourcen ausstatten**

Die Bildungsinfrastruktur ist die Voraussetzung für qualifizierte Fachkräfte der Zukunft. Mit Blick auf den demographischen Wandel und die in dessen Folge rückläufige Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter ist es für Wirtschaft und Gesellschaft wichtig, dass auch künftig ausreichend Fachkräfte ausgebildet werden können. Dies ist jedoch nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Frage. Zur Bildungsinfrastruktur zu zählen sind daher nicht nur die Einrichtungen selbst, sondern auch deren Personal. Schwer zu erfassen ist die Bildungsinfrastruktur in Gänze, da bspw. Schulgebäude in der Baulast der Kreise sind, das Personal hingegen vom Land finanziert wird; bei den Hochschulen befinden sich Gebäude und Personal in „einer Hand“, wobei neben die staatlichen Einrichtungen weitere private Träger treten, die die Bildungslandschaft bereichern.

Maßnahmen wie eine 105%-ige Lehrerversorgung sind ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings muss auch gewährleistet sein, dass alle Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen gleichermaßen über ausreichende Ressourcen verfügen, um ein hohes Bildungsniveau sicher zu stellen.

So liegt der Anteil der Ausgaben Deutschlands für die Kinderbetreuung (<3 Jahre) bei 0,1% des BIP, während der OECD-Schnitt bei 0,3% liegt und Länder wie Schweden bis zu 0,9% ihres BIP zu diesem Zweck ausgeben. Höhere Ausgaben, die dazu führen, dass mehr und besser bezahlte Erzieher für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen, können auch einen Beitrag dazu leisten, Kinder möglichst früh zu bilden. Dabei geht es nicht um Faktenwissen, sondern um allgemeine Fähig- und Fertigkeiten, die spielerisch vermittelt werden können<sup>44</sup>.

Bei den Hochschulen hat der allgemeine Anstieg der Abiturientenzahlen, verbunden mit den „doppelten Jahrgängen“, bei denen Abiturienten aus „G8“ und „G9“ im selben Jahr die Schulen verlassen, sowie dem Entfall des Wehr- und Zivildienstes zu einem Studierenden-Boom geführt. Insgesamt studieren im Wintersemester 2012/13 215.209 Studierende in Hessen, davon allein 32.916 im ersten Hochschulsesemester. Die Zahl der Studierenden hat sich damit seit dem Wintersemester 2008/2009 um fast 44.000 (+25,6%) erhöht<sup>45</sup>. Zusätzlich belastet werden die Hochschulen dadurch, dass die Studierenden deutlich öfter ihr Studienfach wechseln: Verglichen mit der Zahl der Studierenden im 1. Hochschulsesemester liegt die Zahl der Studierenden im 1. Fachsemester um ca. 50% höher bei 50.085 – im Wintersemester 1990/1991 war die Wechselaktivität deutlich geringer (die Zahl der Studierenden im 1. Fachsemester lag nur etwa 20% über der der Studierenden im 1.

---

<sup>44</sup> Spiegel 26/2013, S. 62ff. „Kaputtgespart“.

<sup>45</sup> Hessisches Statistisches Landesamt - Studierende (ohne Beurlaubte) in Hessen seit dem Wintersemester 1972/73 (<http://www.statistik-hessen.de>).

Hochschulsemester). Außerdem sind die Ausgaben pro Student zwischen 2009 und 2012 um fast 1.200 € von 9.542 € auf 8.347 € gesunken und auf einen Professor kommen jetzt rechnerisch 75 Studierende (2009 waren es nur 50)<sup>46</sup>.

### **5.3 Breitband - Grundversorgung sicherstellen**

Hessen ist in der flächendeckenden Versorgung des Landes mit Breitbandangeboten Vorreiter. Das „hessische Modell“ ist deswegen bemerkenswert, weil es verschiedene Akteure aus Wirtschaft und Politik in einem Rollenmodell bündelt und auf private Investitionen setzt – das Land investiert nicht selbst, sondern steht für Kredite und Bürgschaften zur Verfügung und sorgt zwischen den verschiedenen Regionen für einen intensiven Wissensaustausch. Dieses marktbasierende Modell ist ein Erfolg – die bereits sichergestellte Grundversorgung mit Breitbandangeboten von mindestens 1 MBit/s bestätigt dies; 2018 sollen alle Haushalte mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung haben – dass in Hessen mit 78,2% aller Personen über 14 Jahre online sind, bestätigt dies noch einmal – Hessen liegt damit hinter Baden-Württemberg auf Platz 2 der Flächenländer<sup>47</sup>.

Im „Digital Index“ der „Initiative D21“ liegt Hessen mit 52,1 gemeinsam mit Bayern auf Platz 4 und genau im Bundesschnitt. Nach Meinung der „Initiative D21“ entspricht dies einem „mittleren Digitalisierungsniveau“ – gerade mit Blick auf die Digitalisierung als Megatrend besteht hier Veränderungsbedarf in allen Bereichen: Die weitere Unterstützung des Breitbandausbaus ist hier ebenso wichtig wie der Abbau von Nutzungshemmnissen, zum Beispiel Datenschutzbedenken, um die weiter fortschreitende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen.

### **5.4 Energiewende vernünftig gestalten**

Die Versorgung von Unternehmen und Privathaushalten mit Energie gehört in Teilen ebenfalls zur Infrastruktur, vor allem, wenn es um die Erzeugung oder den Transport von Energie und vor allem Strom geht: Damit wären Kraftwerke jeder Art ebenso wie Windenergie-, Photovoltaik- oder Biogasanlagen und die dazu gehörenden Hochspannungsleitungen Teil der Infrastruktur.

---

<sup>46</sup> HR-Online (2013): Hessische Unis schlagen Alarm (28.01.2013): [http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard\\_document\\_47376303](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_47376303)

<sup>47</sup> Initiative D21 (2013): D21-Digitalindex Auf dem Weg in ein digitales Deutschland?! – Berlin.

Durch die Energiewende befindet sich die Energieversorgung derzeit in einem Umbruch: Bis 2050 soll die Energiewende in Hessen erfolgreich umgesetzt, das heißt der Endenergiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden<sup>48</sup>. Damit das gelingt, muss zunächst die Energieeffizienz deutlich gesteigert werden. Nach Erkenntnissen des 2011 initiierten Energiegipfels können Sonnen- und Windenergie, Biomasse, Wasserkraft und Umgebungswärme in Hessen nur etwa 50 von jährlich benötigten 120 Terrawattstunden Strom und Wärme abdecken. Dazu kommt, dass nach dem Abschalten des Kernkraftwerks Biblis jährlich 20 Terrawattstunden Strom aus anderen Quellen abgedeckt werden müssen. Der Erfolg und die Geschwindigkeit beim Aufbau einer sicheren, umweltschonenden und wirtschaftlichen Energieversorgung werden in hohem Maße davon abhängen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zu einer Verringerung des Energieverbrauchs bzw. zu einem zukunftsfähigen Energiemix leisten. Voraussetzung dafür ist ein größtmöglicher Konsens zwischen Politik, Wirtschaft und Bevölkerung. Grundlagen für eine möglichst breite Akzeptanz sind:

- Verlässliche, allen Bürgern leicht zugängliche Informationen,
- Gezielte Beratungen mit dem Ziel, Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz anzustoßen,
- Stetige, technologieoffene Förderprogramme für Maßnahmen zur technologischen Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz,
- Erschwingliche bzw. wettbewerbsfähige Strompreise sowie Transparenz der Kosten der Energiewende.

Die Akteure des Energiemarktes befinden sich in einem Spannungsfeld: Denn einerseits müssen alternative Kraftwerke gebaut und muss in Stromnetze investiert werden, was die Stromunternehmen nicht aus der Portokasse finanzieren können und zu einer Verteuerung des Stroms führt. Andererseits steht Deutschland als Industrieland im internationalen Wettbewerb mit Ländern, die weiterhin auf eine konventionelle und subventionsfreie Stromerzeugung setzen und daher eine günstigere Kostenstruktur aufweisen. Können die durch die Energiewende bedingten und damit einseitigen Energiekosten nicht an die Kunden weitergereicht werden, belasten sie die Erträge der hiesigen Firmen. Zudem gilt es, die Genehmigungsverfahren für den Bau von Kraftwerken und Stromtrassen zu beschleunigen. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird eine der härtesten Bewährungsproben für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Er stellt insbesondere eine große Herausforderung für die

---

<sup>48</sup> Hessischer Energiegipfel, Abschlussbericht, 2011.

deutsche Energiewirtschaft dar. Zum einen bremst ein starker Preisanstieg für Strom den Verbrauch. Zum anderen stellt sich für die Unternehmen die Frage, welche Kraftwerkstypen auf lange Sicht rentabel sind und gesellschaftlich akzeptiert werden.

Abbildung 6 - Gesicherte Leistung erneuerbarer Kraftwerkstypen<sup>49</sup>:

Kraftwerkstyp	Anteil gesicherter Leistung an der installierten Leistung
Wasserkraft	40%
Wind (On- und Offshore)	5%
Photovoltaik (durch die zukünftige Nutzung von Batteriespeichern)	1%
Biomasse	88%
Geothermie	90%

Quelle: Prognos AG 2012

Primär geht es um die Frage, wie die Versorgungssicherheit in Deutschland gesichert werden soll. Der Ausbau alternativer Energie kann diese allein nicht gewährleisten, da die entsprechenden Speichermöglichkeiten auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen. Aktuell sind nur etwa 16 % der gesamten installierten Leistung von erneuerbaren Energien gesichert verfügbar. In Zeiten, in denen Wind und Sonne nicht genügend Energie liefern, müssen herkömmliche Kraftwerke einspringen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss jederzeit die Jahreshöchstlast plus einer angenommenen Sicherheitsreserve von 10 % lieferbar sein. Nach einer Studie von Prognos werden thermische Kraftwerke 2020 noch 59 GW oder fast drei Viertel der gesicherten Leistung abdecken müssen. 2050 dürften es noch mindestens 46 GW oder weit über die Hälfte sein.<sup>50</sup>

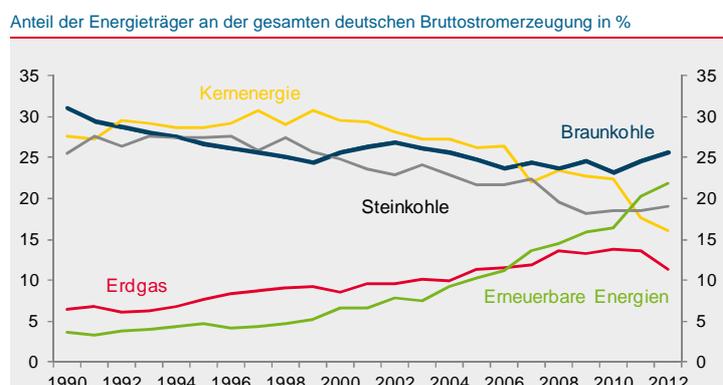
Der Betrieb von thermischen Kraftwerken wird aber immer unrentabler. Wesentliche Ursache hierfür ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Betreibern von derartigen Anlagen vom Markt weitgehend unabhängige Erlöse garantiert. So haben Deutschlands Ökostromerzeuger 2012 erstmals mehr als 20 Mrd. € bekommen. An der Börse, wo der Strom verkauft werden muss, war dieser allerdings nur 2,9 Mrd. € wert. Die Differenz von rund 17 Mrd. € zahlen die Stromverbraucher mit der EEG-Umlage. Dies hat zur Folge, dass Investitionen in Alternativenenergien unabhängig von den Erlösen aus der Vermarktung des erzeugten Stroms sind. Gleichzeitig entfaltet dies eine preissenkende Wirkung auf den Börsenstrompreis. Wind und Sonnenenergie weisen kurzfristige Grenzkosten von Null auf

<sup>49</sup> Heleba-Branchenfokus Energie 2/2013, S. 5

<sup>50</sup> Prognos: Endbericht Bedeutung der thermischen Kraftwerke für die Energiewende, Berlin 2012, S. 1.

und genießen zusätzlich Vorrang bei der Einspeisung. Damit verdrängt regenerativer Strom wesentlich teurere konventionelle Stromerzeugungsanlagen aus dem Markt. Mit dem geplanten Ausbau regenerativer Energien wird dieser Effekt kontinuierlich größer werden. Betroffen sind nicht nur Spitzenlastkraftwerke, sondern auch Grundlast- und Mittellastkraftwerke. Werden diese bei sinkender Auslastung und rückläufigen Erträgen vermehrt aus dem Markt genommen, gefährdet dies die Versorgungssicherheit. Dies gilt für Hessen und die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main mit seiner Industrie und energieintensiven Dienstleistungen ebenfalls: Unlängst wurde der Block I des Kohlekraftwerks Staudinger bei Hanau still gelegt, was mit Blick auf die Netzstabilität und Versorgungssicherheit Südhessens kritisch zu sehen ist.

Abbildung 7 - Umweltfreundliches Erdgas verliert an Bedeutung<sup>51</sup>



Quellen: AGEB, Helaba Volkswirtschaft/Research

Die Rahmenbedingungen (Strommarktdesign) müssen deswegen so geändert werden, dass es rentabel ist, konventionelle Kraftwerke zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu betreiben. Der rapide Zubau von Solar- und Windstromkapazitäten bedroht in zunehmendem Umfang die Versorgungssicherheit in der Stromversorgung. Solar- und Windstrom sind für die Stromversorgung nicht grundlastfähig. Gleichzeitig lohnt es sich wegen der subventionierten Stromeinspeisung immer weniger, grundlastfähige Kraftwerke zu betreiben oder in deren Neubau zu investieren. Die möglichen und zum Schutz des Stromnetzes ungeplanten Abschaltungen schon im Bereich von Millisekunden können zu ganz erheblichen Schäden, Produktionsausfällen und insbesondere zusätzlichen Kostenbelastungen bei den Unternehmen im Land Hessen führen.

<sup>51</sup> Heleba-Branchenfokus Energie 2/2013, S. 6

Zu einer ausgewogenen Industrie- und Wirtschaftspolitik im Land gehört es auch, energieintensive Produktion – wie etwa die Chemieindustrie oder den Betrieb von Internetknoten – am Standort zu halten und echte Standortvorteile – wie die im Bundesschnitt sehr geringen Stromausfallzeiten – zu sichern. Allerdings wird es schwieriger, diese Aufgabe zu erfüllen, da bereits erste Unternehmen angekündigt haben, angesichts der steigenden Energiekosten in Deutschland und auch in Hessen andere Standorte bei künftigen Investitionsentscheidungen vorzuziehen. Attraktiv sind unter anderem die USA, in denen die Energiepreise in den letzten Jahren beispiellos gefallen sind.

Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen, bedarf es einerseits des Ausbaus der erneuerbaren Energien, gleichzeitig aber auch des Ausbaus flexibler konventioneller Kraftwerke, um die stark schwankenden Einspeisungen der erneuerbaren Energien auszugleichen. Das EEG führt aber dazu, dass sich Betreiber mit einem hohen Anteil an thermischen Kraftwerken bereits heute einem starken Rentabilitätsdruck ausgesetzt sehen. Diese Tendenz dürfte sich fortsetzen, wenn politisch nicht gegengesteuert wird. Zurzeit stehen vor allem die umweltfreundlicheren Gaskraftwerke unter Druck, während sich Kohlekraftwerke, insbesondere wenn sie mit Braunkohle betrieben werden, eher rechnen. So hat sich der Gaspreis zuletzt erhöht, während Kohle als Brennstoff günstiger geworden ist. Auch profitieren Kohlekraftwerke aktuell vom niedrigen Börsenpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate.

Eine unsichere und in vielen Bereichen teure Versorgung mit Energie und Rohstoffen reduziert die Qualität des Wirtschaftsstandortes und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen:

- Das EEG treibt die Kosten für Unternehmen. Weitere staatliche Regulierungen des Strompreises führen zu weniger Markt und immer mehr Staat. Eine marktwirtschaftliche Bildung des Strompreises findet nicht statt (KWK-Umlage, sogenannte "§ 19-Umlage", Konzessionsabgabe, Stromsteuer). Deutschlands Stromkosten liegen derzeit 20 % über dem europäischen Durchschnitt. Für noch mindestens fünf Jahre werden große Steigerungen der Preise prognostiziert - insbesondere wegen staatlicher Belastungen.
- Hemmnisse für neue Energieinfrastrukturen müssen beseitigt werden: Hessen muss seine Rolle als Binnenregion innerhalb Deutschlands erkennen und kooperativ mit den anderen Ländern einen versorgungssicheren, behutsamen Umbau der Energiesysteme begleiten. Unabgestimmte föderale Eigeninitiativen sind weder ökonomisch sinnvoll noch ökologisch effektiv. Allerdings können die Behörden durch

eine zügige Genehmigungspraxis den Ausbau der erforderlichen Energieinfrastruktur befördern. Dazu gehört auch, Unternehmen, die in grundlastfähige Energieversorgung investieren wollen, politisch bei Ihren Vorhaben zu unterstützen.

Die deutsche Energiepolitik steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Nach der Bundestagswahl ist es vordringlich, das EEG grundlegend zu reformieren bzw. abzulösen. Dabei müssen marktwirtschaftliche Prinzipien wieder mehr Beachtung finden. Erneuerbare Energien sollten sich am Markt bewähren. Die Herstellung von Strom an wind- und sonnenreichen Tagen bzw. Tageszeiten, der von den Verbrauchern nicht benötigt wird, darf nicht weiter subventioniert werden. Genauso essenziell ist es, die Rahmenbedingungen für die notwendige konventionelle Stromerzeugung zu verbessern. Nur dann werden neue Kraftwerke gebaut und Investitionen in bestehende Anlagen getätigt. Zudem muss die Energiepolitik stärker europäisch abgestimmt werden, um Ineffizienzen zu minimieren. Ein Beispiel hierfür ist der Widerspruch zwischen dem deutschen EEG und dem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel in Europa: Durch die hohe Ausbaugeschwindigkeit erneuerbarer Energien in Deutschland wurde in Europa ein Nachfragerückgang nach CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ausgelöst, der zu einem Preisverfall von 20 €/t CO<sub>2</sub> auf zuletzt 4,04 €/t CO<sub>2</sub> (Juni 2013) geführt hat. Der Preisverfall führt dazu, dass die Stromerzeugung in Deutschland kohlenstoffärmer wird, während die Kohleverstromung in anderen Ländern Europas aufgrund der günstigen CO<sub>2</sub>-Zertifikate eine Renaissance erlebt. Während hochmoderne, emissionsarme Gaskraftwerke kaum noch wirtschaftlich zu betreiben sind, werden vielerorts in Europa alte Braun- und Steinkohlekraftwerke aufgrund ihrer relativen Wirtschaftlichkeitsvorteile gegenüber Gaskraftwerken ertüchtigt und zur Stromproduktion eingesetzt. Da der EU-weite CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die Vergabe von Verschmutzungsrechten gedeckelt ist, wird das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel in Europa trotz der kohlenstoffintensiveren Stromproduktion im übrigen Europa erreicht. Die Möglichkeit zum höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß in diesen Ländern wird indirekt über das EEG finanziert. Auch dies unterstreicht den Reformbedarf des EEG, das Möglichkeiten schaffen muss, die Energiewende kosteneffizient und umwelteffektiv umzusetzen.

Wichtig ist auch die europaweite Harmonisierung: Sowohl eine Harmonisierung bundesdeutscher Fördermechanismen für Energieeffizienzmaßnahmen oder Erneuerbare Energien als auch die europäische Harmonisierung der Ausbaumaßnahmen für Erneuerbare Energien sind anzustreben. Föderale oder regionale Programme oder Fördermaßnahmen sind regionenübergreifend abzustimmen.

Auch der Wärmemarkt hat das Potenzial, einen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende zu leisten. Drei Viertel aller Häuser in Deutschland wurden vor der 1. Wärmeschutzverordnung von 1977 errichtet und sind bis heute kaum gedämmt; nur jede fünfte Heizungsanlage

befindet sich auf dem Stand der Technik. Um den Anlagenbestand bis 2020 auf einen akzeptablen Stand zu bringen, müsste die Modernisierungsrate verdreifacht werden. Dazu ist die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein unverzichtbares Instrument. Und sie wäre auch ein Konjunkturprogramm, das sich allein aus den zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen trägt. Bislang wurde nicht ausreichend berücksichtigt, dass jeder Euro Fördergeld nach Meinung von Experten zwischen acht und zwölf Euro zusätzliche Investitionen auslöst. Nicht nur das heimische Handwerk und die Industrie würden davon profitieren, sondern alle Bürgerinnen und Bürger.

### **5.5 Fragen**

Das DIW schlägt vor, dass Deutschland – Bund und Länder – ein Investitionspaket mit einem jährlichen Volumen von 75 Mrd. € auflegen solle. Nur so lasse sich der Investitions- und Erhaltungsstau in allen Bereichen auflösen und die deutsche Volkswirtschaft auf eine zukunftsfähige Basis stellen. Dazu sollten auch private Investitionen kommen, z.B. indem Private über Fonds stärker als bisher die Möglichkeit erhalten, auch in Infrastruktur zu investieren, was meist mit stabilen und im aktuellen Vergleich auch relativ hohen Renditen verbunden ist<sup>52</sup>.

- Eine solide Infrastruktur ist die Basis einer zukunftsfähigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft – wie will das Land Hessen künftig dafür Sorge tragen, dass den hessischen Unternehmen eine gute Infrastruktur für ihre Mobilität und ihre Transporte zur Verfügung steht? Hier ist vor allem die Frage interessant, wie mit dem Bund umgegangen werden soll, der für viele Basisinfrastrukturen – auch in Hessen – zuständig ist.
- Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik müssen alle Verkehrsträger wettbewerbsfähig sein und über freie Kapazitäten verfügen – das gilt vor allem für Schiene und Binnenschiff, die im Wettbewerb mit der Straße immer mehr zurückfallen.
- Wie kann die gesamte Bildungsinfrastruktur von Kitas über Schulen bis hin zu Hochschulen langfristig abgesichert werden? Reichen hierzu öffentliche Mittel aus?
- Beim Ausbau der Breitbandnetze hat Hessen mit seinem Ausbau- und Finanzierungsmodell eine Vorreiterrolle. Verglichen mit anderen Staaten der Welt

---

<sup>52</sup> DIW Wochenbericht 26/2013 - Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsaagenda für Deutschland, Berlin.

hinkt Deutschland – und damit auch Hessen – bei der Nutzung hinterher. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land kann durch den Breitbandausbau überwunden werden, aber wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die Menschen das „Neuland“, als das die Kanzlerin das Internet unlängst bezeichnete, verstärkt für sich entdecken? Für die weitere Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wäre dies eine entscheidende Grundlage.

- Hohe Energiekosten führen zur Verlagerung von Standorten und zum Abbau von Arbeitsplätzen. Seit Abschluss des Energiegipfels sind in der Landesregierung unterschiedliche Positionen zur Energiepolitik und ihrer Umsetzung deutlich geworden. Unsicherheit ist ein Faktor, der sowohl das Vertrauen in die Politik reduziert, als auch Investitionen in die Energieerzeugung (egal ob erneuerbar oder konventionell) hemmt. Wie will die Landesregierung dieses Dilemma auflösen, um schnell einen umsetzbaren und bezahlbaren Rahmen für die Energiewende zu setzen?

## 6 Internationalisierung

### 6.1 Standortvorteile

Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland bietet Frankfurt einen auch international attraktiven Standort. So wurde Frankfurt unlängst in einem Ranking von 30 deutschen Städten zur wirtschaftsstärksten Stadt gekürt, die gleichzeitig durch Internationalität, verbunden mit einer sehr hohen Wertschöpfung geprägt ist<sup>53</sup>. Weiteres Merkmal ist die Erreichbarkeit im internationalen Vergleich. Bemerkenswert ist, dass Frankfurt und Wiesbaden unter allen deutschen Städten die höchsten Wanderungsgewinne bei Bevölkerung und Erwerbstätigen für die Zukunft erwarten lassen – ein weiterer Beleg für die Stärke und Qualität des Standortes Südhessen. Die Stärke stützt sich maßgeblich auf die Funktion Frankfurts, das zwar verglichen mit deutschen Metropolen wie Hamburg oder Berlin und erst recht mit internationalen Megacities von der Einwohnerzahl her eher eine Kleinstadt ist, aber international ein herausragender Standort ist, von dem Hessen insgesamt profitiert. Im internationalen Ranking von AT Kearney<sup>54</sup> liegt Berlin (2,76) aufgrund seiner Funktion als Hauptstadt in der Bewertung als beste deutsche Stadt einen Hauch vor Frankfurt (2,69), aber in den Einzelwertungen bezogen auf „Business Activities“ und „Information Exchange“ liegt Frankfurt deutlich vor Berlin. Hier paust sich die Funktion als internationaler Finanzplatz ebenso durch wie Frankfurts Rolle als weltgrößter Internetknoten.

Die Internationalität des Standortes zeigt sich zudem in einer Exportquote von 52%<sup>55</sup> sowie in seiner Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen – hier liegt Hessen im Bundesvergleich hinter Hamburg mit Investitionen von rd. 23.000 € je Erwerbstätigem auf Platz 2. Bei den Investitionen, die aus Hessen heraus im Ausland getätigt werden, liegt das Bundesland mit deutlichem Abstand vor allen anderen Ländern (rd. 55.000 €/Erwerbstätigem)<sup>56</sup>. Der Standort Hessen ist also sowohl für nach Deutschland kommende, ebenso wie für von Deutschland ausgehende Geschäfte eine hervorragende Adresse.

---

<sup>53</sup> HWWI; Berenberg-Bank (2013): HWWI/Berenberg-Städteranking. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich. Hamburg.

<sup>54</sup> AT Kearny (2012): 2012 Global Cities Index and Emerging Cities Outlook. Seoul.

<sup>55</sup> Hessisches Statistisches Landesamt (2013): Hessische Industrieumsätze in die Nicht-Eurozone mit deutlichem Plus — Beschäftigung erstmals wieder unter Vorjahresniveau. Pressemitteilung 48/2013 vom 15.03.2013.

<sup>56</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2013): Hessischer Konjunkturspiegel 1. Quartal 2013. Wiesbaden.

## **6.2 Herausforderung Wettbewerbsfähigkeit**

Die Vorteile des Standorts gilt es für die Zukunft noch zu stärken, vor allem wenn davon ausgegangen wird, dass die Wirtschaft in den kommenden Jahren internationaler wird und die globale Integration von Wertschöpfungsketten und Handelsverflechtungen weiter voranschreiten wird. Dies ist schon allein deswegen anzunehmen, da das größte Wirtschaftswachstum derzeit in den aufstrebenden Wirtschaftsregionen Asiens oder Südamerikas erwirtschaftet wird. Dies stimuliert die Logistik, mit knapp 200.000 Erwerbstätigen eine der zentralen Branchen in Hessen. Auch für die hessische Investitionsgüterindustrie bietet die weltweite Vernetzung große Chancen, ihre hochwertigen Produkte global zu vertreiben. Mittelfristig kommt es dabei auf die neuen Märkte an: Trends wie Demographie, virtuelle Kommunikation, Parallelgesellschaften und Individualismus sind nicht nur für die Industrieländer prägend, sondern – zum Teil mit umgekehrten Vorzeichen – auch für Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Demokratiebewegungen in vielen Ländern Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens sind ein beeindruckendes Beispiel. Mittelfristig ergeben sich daraus neue Absatzmärkte. Nur die Industrieländer, die sich rechtzeitig auf die neuen Wachstumszentren ausrichten, können im internationalen Wettbewerb eine gute Ausgangsposition einnehmen.

In diesem Zusammenhang ist Bildung und Forschung wieder im Fokus, um zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Wirtschaft zu stärken. Zum anderen werden die Folgen für Klima und Umwelt, die das rasche Wachstum in den „rising stars“ langfristig mit sich bringen wird, die Forschung weiter herausfordern. Das gleiche gilt für die weltweit erhöhte Energienachfrage. Auf diesen Themenfeldern können viele hessische Hochschulen mit dem Schwerpunkt in den MINT-Fächern punkten. Als Hochlohnstandort ist es nur bedingt lohnend, auf Produktion zu setzen, sondern Ziel sollte viel mehr sein, auf Wissen zu setzen, das für Innovationen am Standort nutzbar gemacht werden kann. Letztlich muss Hessen mit seinen Innovationen so gut sein, dass sie ausreichen, um die Kostennachteile mehr als auszugleichen.

Die folgenden Themen sollen Anregungen geben, wie Hessen versuchen kann, seine Position im Wettbewerb zu verbessern. Insgesamt wird die Ausgangslage Hessens als gut erachtet.

### **6.2.1 Bürokratie abbauen durch E-Government**

Noch immer belasten zahlreiche rechtliche Rahmenbedingungen das unternehmerische Handeln. Das Statistische Bundesamt nennt allein für die amtliche Statistik Erhebungskosten von 310 Mio. € (2010) – hinzu kommen weitere Kosten wie zum Beispiel An- und

Abmeldungen bei den Sozialversicherungen, Kosten zur Abwicklung der Steuerzahlungen oder Kosten für Aufbewahrungspflichten oder für die Abwicklung von Ein- und Ausfuhrprozessen (an dieser Stelle seien als Stichworte nur die Gelangensbestätigung<sup>57</sup> sowie die neuen Anforderungen an „Bekannte Versender“<sup>58</sup> genannt). In der letzten Erhebung 2006 summierten sich die Bürokratiekosten der deutschen Wirtschaft bei über 9.000 Auskunftsspflichten auf 47 Mrd. €. Am höchsten ist die Belastung im Kredit- und Versicherungsgewerbe, so dass davon ausgegangen werden muss, dass Hessen überproportional betroffen ist<sup>59</sup>.

Entlastungspotenziale sind vor allem durch E-Government vorhanden, durch deren verstärkte Anwendung Unternehmen und Verwaltungen Kosten sparen können. Problematisch ist jedoch, dass Potenziale dieser Anwendungen bislang häufig ungenutzt bleiben. Gründe hierfür sind die teils unrealistische Umsetzungsplanung, fehlende Standardisierung und unzureichende Kommunikation über bestehende Angebote.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene müssen Verordnungen und Gesetze daraufhin überprüft werden, ob sie die wirtschaftlichen Aktivitäten weiter einschränken. Die Bürokratiekosten durch Informationspflichten und der Erfüllungsaufwand insgesamt dürfen nicht steigen. Bei sämtlichen Gesetzesvorhaben müssen Notwendigkeit und Angemessenheit geprüft, und bereits in der Konzeptionsphase muss der Bürokratieaufwand für die Unternehmen im Sinne einer umfassenden Gesetzesfolgenabschätzung beachtet werden. Der Bund hat dazu den unabhängigen „Normenkontrollrat“ geschaffen, wobei angeregt wird, eine ähnliche Instanz auch auf hessischer Ebene einzurichten.

Um für weitere Erleichterungen zu sorgen, sollte Ziel sein, die elektronische Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen und medienbruchfreie Prozesse auf allen föderalen Ebenen voranzubringen. Dazu müssen einheitliche technische Standards definiert, Unternehmen besser über bestehende Angebote informiert und diese leicht zugänglich gemacht werden – zum Beispiel über Wirtschaftsportale oder bei den „Einheitlichen

---

<sup>57</sup> Mit dieser Bescheinigung soll ein Unternehmer ab 1. Oktober 2013 nachweisen, dass eine in einen anderen EU-Mitgliedsstaat durchgeführte Lieferung tatsächlich am Bestimmungsort eingelangt ist. Dies sichert die Umsatzsteuerfreiheit im ausführenden Land. Dabei handelt es sich nicht um eine europäische, sondern eine deutsche Regelung (§17a UStDV).

<sup>58</sup> Bis 29. April 2013 waren registrierte Unternehmen als „Bekannte Versender“ berechtigt, „sichere“ Luftfracht aufzugeben. Ab diesem Stichtag war eine Neuzertifizierung durch das Luftfahrtbundesamt (LBA) zum „behördlich anerkannten bekannten Versender“ erforderlich – ein Unternehmen, das sich nicht beim LBA zertifizieren lässt, muss seine Fracht am Flughafen langwierigen und teuren Kontrollen unterziehen, was Transportprozesse verzögern kann und den Aufwand erhöht (Angaben lt. LBA).

<sup>59</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Zu viel Bürokratie? StatMagazin vom 3. August 2009.

Ansprechpartnern“. Wichtig ist, dass vor einer Digitalisierung von Prozessen diese auf Vereinfachungspotenziale und leichte Handhabbarkeit geprüft werden. Ein Mehrwert beim E-Government kann nur entstehen, wenn die Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen stärker zusammenarbeiten

### **6.2.2 Ressourceneffizienz durch Innovationen**

Hohe Rohstoffpreise und steigende Konkurrenz um einzelne Rohstoffe setzen die Wirtschaft unter Handlungsdruck. Die Unternehmen investieren bereits umfangreich in neue Technologien für mehr Effizienz auf allen Stufen der Wertschöpfungskette. Dies geschieht in dem Wissen, dass ein sparsamer Einsatz von Rohstoffen und Materialien, eine effiziente Gewinnung von Primärrohstoffen und hohe Recyclingquoten nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die Kosten senken, sondern auch die Umwelt schonen.

Die Verbesserung der Ressourcenproduktivität sollte auch zukünftig den Unternehmen eigenverantwortlich überlassen bleiben, denn diese verfügen über das erforderliche Know-how. Der Schlüssel zu mehr Ressourceneffizienz liegt in Innovationen; nicht in starren, staatlich verordneten Mindesteffizienzstandards für Produkte. Auch beim Recycling zählen die richtigen Rahmenbedingungen: Nur mit unternehmerischem Engagement und einem wettbewerblichen Markt für Sekundärrohstoffe kann das Potenzial des Recyclings voll erschlossen werden, nicht mit starren Mindestrecyclingquoten.

### **6.2.3 Nachhaltigkeit durch Eigenverantwortung**

Immer mehr Unternehmen betonen ihre gesellschaftliche Verantwortung (CSR – Corporate Social Responsibility). Auch Verbraucher, Anleger und Politik interessieren sich zunehmend dafür, inwiefern Unternehmen Verantwortung übernehmen. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur und basiert in weiten Teilen auf dem unternehmerischen Erfolg im Kerngeschäft. Die Beweggründe für ein Engagement zum Wohl der Gemeinschaft reichen von innerer Überzeugung und Werteorientierung bis hin zu strategischen Überlegungen, dass sich nachhaltiges Wirtschaften rechnet und sich qualifizierte Mitarbeiter leichter halten und gewinnen lassen.

Die Politik sollte den Unternehmen die notwendigen Freiräume lassen, damit diese mit ihrem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Engagement gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können. Das vielfältige freiwillige Engagement der Unternehmen darf nicht durch gesetzliche Standardisierungen, Verpflichtungen und Eingriffe in

Unternehmensentscheidungen konterkariert werden. Regulierungen und bürokratische Berichtspflichten engen die CSR-Vielfalt ein und widersprechen dem Grundgedanken der gesellschaftlichen Verantwortung. Gezielte Information und Beratung, der Aufbau von Netzwerken und die Würdigung von „Best Practice-Beispielen“ können das vorhandene Engagement der Unternehmer unterstützen und helfen, CSR stärker strategisch einzusetzen und so zu einem nachhaltigen und verantwortlichen Wirtschaften beizutragen.

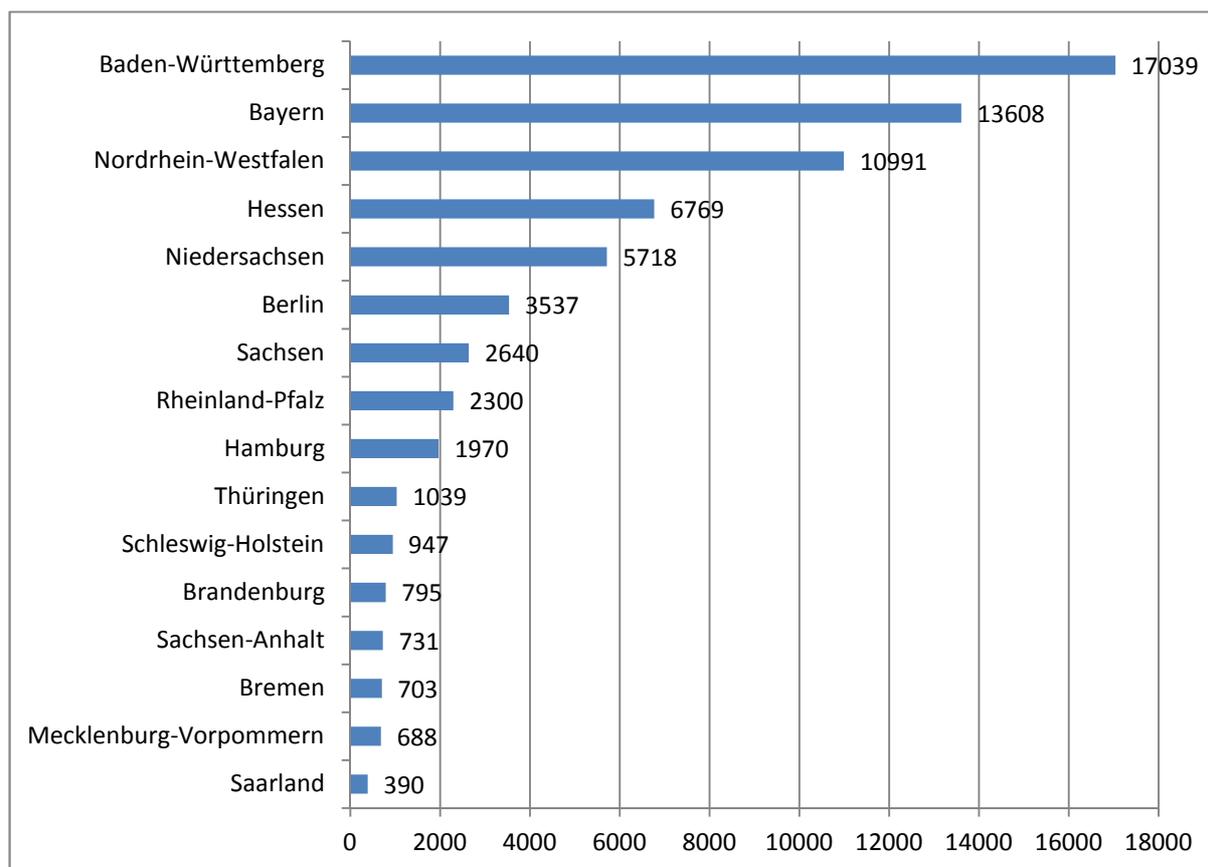
### **6.2.4 Sozialpartnerschaft leben**

Die Unternehmen und Beschäftigten in Hessen setzen überwiegend auf sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit und gute Arbeit als Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung. In der Sozialpartnerschaft sehen Unternehmen und Beschäftigte den besten Weg des Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum gegenseitigen Vorteil. Hierzu gehört auch die nach diesen Prinzipien gelebte partnerschaftliche Zusammenarbeit auf betrieblicher Ebene. Durch Tarifverträge, Tarifbindung, Sozialpartner-Vereinbarungen, Mitbestimmung und weitere Formen der betrieblichen Zusammenarbeit sorgen die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Unternehmensleitungen und Betriebsräte für Sicherheit, Beteiligung und Transparenz und gewährleisten gute und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen in Deutschland. Die Unternehmen binden ihre Beschäftigten ein und fördern deren Engagement und Eigenverantwortung. Sie gestalten Nachhaltigkeit partnerschaftlich und setzen sich auch international für gute soziale Standards ein.

### **6.2.5 Forschung und Innovation intensivieren und fokussieren**

Innovationen ermöglichen eine wettbewerbliche Differenzierung und damit die Erlangung einer vorteilhaften Wettbewerbsposition, die wiederum die Erzielung von Premiumrenditen erlaubt. Insofern stellen Innovationen ein Instrument zur Erreichung wettbewerblcher Vorteile und erhöhten ökonomischen Erfolgs dar.

Hessen verfügt über exzellente akademische und industrielle Strukturen für Innovationen. Allerdings könnten einige Rahmenbedingungen noch besser ausgestaltet und koordiniert werden, um damit das vorhandene Potenzial voll entfalten zu helfen.

Abbildung 8 - Forschungsausgaben der Länder (2010) in Mio. €<sup>60</sup>

Im Jahr 2010 wurden in Hessen 6,8 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben (BMBF 2013). In seinen Innovationsanstrengungen wird Hessen damit nur von den wesentlich größeren Bundesländern NRW, Bayern und Baden-Württemberg übertroffen. Tatsächlich entfallen auf Hessen 9,7 % der deutschen Forschungsausgaben – sowohl in Relation zur Einwohnerzahl als auch zum BIP ein weit überdurchschnittlicher Wert. Eine Stärke, die Hessen vor allem seinen Unternehmen zu verdanken hat. Mit einer FuE-Quote von 3,07 % hat Hessen als eines von wenigen Bundesländern das für 2015 avisierte 3%-Ziel der Bundesregierung bereits heute erreicht. Allerdings wurden nur 0,31 % des hessischen BIP als Landesmittel für Forschung ausgegeben – damit liegt Hessen unter dem Bundesdurchschnitt von 0,435 %<sup>61</sup>.

Der internationale Vergleich zeigt, dass Hessen in seinem forschungspolitischen Engagement nicht nachlassen darf. Hessen sollte deshalb seinen bundespolitischen Einfluss geltend machen und sich für die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung stark

<sup>60</sup> BMBF 2013 (<http://www.datenportal.bmbf.de/portal/Tabelle-1.1.3.xls>)

<sup>61</sup> BMBF 2013 (<http://www.datenportal.bmbf.de/portal/Tabelle-1.1.11.xls>)

machen. Von ihr würde der hessische Wirtschaftsstandort dank seiner Forschungsstärke besonders stark profitieren.

Um KMU in ihren Innovationsanstrengungen zu unterstützen, stehen sowohl auf Länder-, Bundes- wie auch europäischer Ebene zahlreiche Förderprogramme zur Verfügung. Gerade diese Vielzahl an Förderprogrammen stellt die KMU aber vor Probleme. Ihnen fehlen schlicht Zeit und Mittel, alle Informationskanäle zu beobachten und aus der Vielzahl an Programmen die für sie relevanten herauszufiltern. Bei der Akquise europäischer Fördermittel bleiben deshalb Potenziale ungenutzt. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass sich mehr Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Hessen an EU-Forschungsprojekten beteiligen: direkt, in dem das Beratungsangebot insbesondere für Unternehmen und Hochschulen verstärkt wird, indirekt, in dem das Land Hessen europäische Mittel einwirbt, die für übergreifende Projekte und Initiativen in der Wirtschaft und Wissenschaft eingesetzt werden können.

Die Einrichtung einer „Innovationsagentur“ als zentrale Informationsquelle könnte hier Abhilfe schaffen. Zielgerichtet würde sie hessische Unternehmen über für sie geeignete Programme informieren und darüber hinaus bei der Suche geeigneter Forschungspartner unterstützen.

Da Hessen über keine nennenswerten natürlichen Ressourcen verfügt, spielt die Innovationskraft eine entscheidende Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, um weiterhin ein bedeutender Technologie-, Forschungs- und Innovationsstandort zu bleiben. Ausgangspunkt für Innovationspolitik ist eine leistungs- und wettbewerbsfähige wirtschaftliche Basis. Diese ist durch die in Hessen etablierte, breit gefächerte Wirtschaftslandschaft gegeben. Insofern empfiehlt sich eine Fokussierung der Innovationsaktivität auf die bestehenden starken Wirtschaftsbereiche sowie daraus perspektivisch entwickelbare neue Wirtschaftszweige. Mit der „Hessischen Innovationsstrategie“<sup>62</sup> ist hier eine wichtige Grundlage geschaffen worden.

Vorrangig empfiehlt sich wegen der besonderen Wettbewerbsstärke der hessischen Anwendungsindustrien („Downstream-Business“) und des Dienstleistungssektors eine Verknüpfung mit der starken universitären und industriellen Forschung zu einem Schwerpunkt für Innovation. Dies folgt auch der ökonomischen Logik, dass hier der größte Hebel für Wertschöpfungspotentiale besteht.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind der Schlüssel zu Innovationen. Eine besonders praxisnahe Ausbildung bietet das berufsbegleitende Duale Studium. So erhalten die Unternehmen

---

<sup>62</sup> Der Wirtschafts- und Zukunftsrat hat den Entwurf der „Hessischen Innovationsstrategie“ in seiner Sitzung vom 11. März 2013 diskutiert.

Beschäftigte, die optimal auf die betrieblichen Anforderungen hin ausgebildet sind und somit keine Einarbeitung benötigen. Insofern sollte der Ausbau dualer Studienmöglichkeiten vom Land gefördert werden.

Darüber hinaus sind Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen wichtige Erfolgsfaktoren für hessische Betriebe. Sie fördern den Wissenstransfer und bieten den Unternehmen auch gute Chancen, geeigneten wissenschaftlichen Nachwuchs zu rekrutieren. Grundsätzlich ist die Unterstützung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als sinnvoll anzusehen und fördert die Innovationskraft Hessens. Ein sehr gutes Beispiel ist hierbei das Institut dezentrale Energietechnologien (IdE) in Kassel, eine Kooperation zwischen der Universität Kassel und der Wirtschaft mit dem Ziel, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in Nordhessen gezielt auszubauen.

Nicht nur eine gute Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft erhöht die Innovationsfähigkeit, sondern auch die Kooperation von Unternehmen miteinander in Netzwerken, bei denen sie voneinander lernen können. Die Politik sollte solche Netzwerke unterstützen.

Die Projektförderung (Modellprojekte und LOEWE III) des Landes Hessens befindet sich auf dem richtigen Weg und sollte auf diesem Niveau verstetigt werden. Allerdings herrscht im Rahmen der Antrags- und Abwicklungsverfahren weiterhin Optimierungsbedarf. Insbesondere sollte die organisatorische Trennung von LOEWE III und "HessenModellprojekte" einerseits und den Technologielinien sowie den Technologietransferaktivitäten andererseits rückgängig gemacht werden. Durch die Trennung entstehen Reibungsverluste, da die meisten über LOEWE III und die "HessenModellprojekte" geförderten Projekte über die Technologielinien bzw. im Rahmen der Technologietransferaktivitäten identifiziert werden.

Die staatliche Förderung von Forschungs- und Innovationstätigkeit sollte sich zukünftig auf mehrere ausgewählte Bereiche erstrecken, sowohl prozessual als auch inhaltlich. Zum einen erfordert eine auf langfristige Trends ausgerichtete Forschung eine ebenso langfristige Finanzierung. Im Mittelpunkt könnten hierbei Wagnisfinanzierungen und Bürgschaften stehen, die den forschenden Instituten die nötige finanzielle Stabilität bieten, um riskante, aber erfolgversprechende Forschungsprojekte zu starten und langfristig durchzuführen. Zum anderen kann eine inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Innovationstätigkeit so erfolgen, dass auch strukturschwache Gebiete Hessens sich erfolgreich beteiligen können. Zu denken ist hier an Innovationen, deren Umsetzung und Anwendung im wesentlichen Humankapital erfordert. Hierunter könnten Zertifizierungstätigkeiten fallen, die in unterschiedlichsten

Bereichen zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen werden, aber auch Tätigkeiten im Bereich Risikomanagement wie beispielsweise die verstärkte (Zahlungs- oder Daten-) Sicherheit im Internet, sowie im Bereich der Regulierung beispielsweise im Finanzsektor.

Angewandte Forschung und Grundlagenforschung bedingen einander. Ihr Zusammenspiel bringt zukunftsfähige Produkte, Prozesse und Dienstleistungen hervor. Um Exzellenz zu schaffen und den Transfer in die Wirtschaft zu ermöglichen, müssen beide Forschungszweige gleichermaßen gefördert werden. Das in Deutschland und auch Hessen bestehende Modell eines differenzierten Hochschulsystems hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. Insbesondere die beiden Markkerne des Hochschulsystems, die Universitäten einerseits und die Fachhochschulen andererseits, haben sich bewährt. Anzustreben ist jedoch eine intensivere Kooperation zwischen den Hochschulen und Hochschultypen sowie zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, um – wie vom Wissenschaftsrat (WR) in seinen jüngst veröffentlichten „Perspektiven für das deutsche Wissenschaftssystem“ (Juli 2013) empfohlen – die Leistungskraft des Gesamtsystems bei begrenzten Ressourcen zu erhöhen. Grundlage hierfür ist eine auskömmliche und stabile Grundfinanzierung der Hochschulen.

### **6.2.6 Wissenstransfer stärken**

Innovationen ergeben sich zunehmend aus der Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Industrie. Dabei könnten neben institutionalisierten Kooperationen (z.B. gemeinsamen Forschungslabors) verstärkt auch flexiblere und stärker zeitlich und inhaltlich klar abgegrenzte Projekte ein probates Mittel zur weiteren Stimulation gemeinschaftlicher Innovationen sein.

Obwohl Hessen in vielen Forschungsbereichen eine führende Position in Deutschland und darüber hinaus einnimmt, fehlt derzeit noch ein stabiler Prozess zur Umsetzung und Anwendung der Forschungsergebnisse. Um die Integration von Wissenschaft und Forschung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu fördern, wurden bereits einige Cluster in Form der „Houses of“ geschaffen. Hier wird ein Austausch von Vertretern des Forschungsdiskurses, der Politik, der Wirtschaft aber auch interessierter Bürger angestrebt, der in eine – mehr oder minder direkte - Anwendung und praxisnahe Weiterentwicklung der Innovationstätigkeit münden soll.

Als Beispiel hierzu ist das „House of IT“ zu nennen, welches zur Stärkung der IKT-Industrie als Zusammenschluss von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen

der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain beschlossen wurde. Das „House of IT“ hat – neben dem bereits etablierten „House of Finance“ und „House of Logistics & Mobility“ – dazu beitragen, die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Stärken der Region international noch sichtbarer zu machen. Das „House of IT“ ist zu einem Ort der Begegnung, des Austauschs und der Kooperation geworden. Dabei integriert das „House of IT“ zum einen bestehende IKT-initiativen und -angebote in der Region. Zum anderen wurde für das „House of IT“ ein auf drei Säulen ruhendes Gesamtkonzept erarbeitet: Forschung sowie Wissens- und Technologietransfer, Lehre und Weiterbildung sowie Unternehmensgründungen und Wachstum. Die Aktivitäten stehen unter dem Leitbild der Interdisziplinarität und der hohen Vernetzung der Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit dem Ziel, nachhaltige Innovationen und Wachstum zu schaffen.

Der notwendigen Vernetzung innerhalb von Branchen wird in Hessen durch die Konzeption der „Houses of ...“ damit bereits in großem Umfang und erfolgreich Rechnung getragen.

Demgegenüber entstehen Innovationen zwischen verschiedenen Anwendungs- und Dienstleistungsindustrien primär durch Wissens-/Know-how Transfer. Dies führt zur Empfehlung einer stärker branchenübergreifenden und interdisziplinären Vernetzung zur Förderung von Innovationen im Sinne von „Spin-offs“ bzw. „Spin-ins“.

Als Beispiele aus der ESA mögen der Transfer von Prozessalgorithmen aus der Raumfahrt in industrielle Produktionsprozesse und der Austausch von ESA Entwicklern mit Hochschulen und Industrie zum Thema robuste Betriebssysteme gelten. Solche Innovationspotenziale würden durch das Konzept der „Houses of ...“ nicht erfasst.

Solche branchenübergreifende und interdisziplinäre Netze, moderiert durch akademische oder beratende interdisziplinäre Innovationsbroker und Systemexperten, würden es erlauben, einen strukturierten Dialog zwischen Branchen zu initiieren. Dabei könnten bewährte Technologien und Prozesse einer Branche auf ihre Werthaltigkeit auch in anderen Branchen abgeprüft und diese ggf. gezielt gefördert werden. Die Effizienz eines solchen Vorgehens läge auf der Hand. Insofern käme es auf die Vernetzung möglichst vieler wettbewerbsstarker Branchen in Hessen an.

Das Land Hessen sollte die Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker animieren, den Technologietransfer zu intensivieren, d. h. im Rahmen des TechnologieTransferNetzwerks Hessen eine Gesamtstrategie für den Technologie- und Wissenstransfer zu entwickeln. Zudem sollten Anreize für Hochschulen geschaffen werden, regionale Kooperationen mit KMUs im Bereich des Technologie- und Wissenstransfers zu intensivieren. Das Ziel sollte sein, dass Hochschulen ihre Transferstellen zu fachbereichsübergreifenden Transferdienstleistern ausbauen. Als Vorbild kann hierbei die

TransMit GmbH in Gießen dienen, deren Gesellschafter unter anderem die Universitäten Gießen und Marburg sowie die Technische Hochschule Mittelhessen sind. Programme für den Ausbau der Forschungsförderung an Fachhochschulen sind weiterzuführen.

### **6.2.7 Gründungen stimulieren und finanzieren**

Wesentliche Impulse für Innovationen sind vor allem auch durch Firmenneugründungen zu erwarten, so dass einer effektiven Unterstützung von Start-ups eine besondere Bedeutung beim Innovationstempo zukommt. Eine institutionelle Infrastruktur für Start-ups an den Hochschulen, durch das Land und die Kommunen ist bereits vielfach vorhanden. Derzeit sind dies jedoch meist parallele Einzelinitiativen, die keine gemeinsame Schlagrichtung haben und daher nicht optimal zusammenwirken können, teilweise sogar miteinander konkurrieren. Durch eine Koordination von Zielsetzungen und Rahmenbedingungen könnten sie durchschlagskräftiger gemacht werden, jedoch ohne damit zugleich den notwendigen und gewünschten Wettbewerb der Innovationsideen einzuschränken.

Die Verfügbarkeit von ausreichend dotierten und flexiblen, innovationsorientierten „Seed Funds“ und ein ausreichend dimensionierter Markt für Risikokapital, stellen zentrale Anforderungen dar. Auch eine Einbeziehung der Kompetenzen und Finanzkraft der Wirtschaft über Patenschaften wäre ein wünschenswerter Ansatz. Im Bereich der Wagniskapital-Finanzierung hat Hessen gerade als Finanzplatz die Möglichkeit, im bundesdeutschen Vergleich eine Vorbildfunktion einzunehmen. Die Wagniskapital-Finanzierungen liegen im internationalen Vergleich immer noch spürbar zurück und schöpfen das volkswirtschaftlich wünschenswerte Potenzial nicht aus. Junge IKT-Unternehmen, die Wagniskapital erhalten, sind wachstumsstärker, krisenresistenter und weniger dazu geneigt ins Ausland abzuwandern. Derzeit erhalten diese nach einer aktuellen Studie des Verbandes „BITKOM“ am ehesten in Berlin eine Förderung<sup>63 64</sup>.

Gerade der kleinbetriebliche Mittelstand ist auf eine bedarfsgerechte, günstige und verlässliche Unternehmensfinanzierung angewiesen. Traditionell weist der deutsche

---

<sup>63</sup> BITKOM (2013): Berlin ist die deutsche Venture-Capital-Hauptstadt. Pressemitteilung vom 29. April 2013.

<sup>64</sup> Die Statistik des BITKOM wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V. (BDKap) erstellt, in dem die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH (MBG H) nicht organisiert ist. Die MBG H hat 2011 alleine rd. 4 Mio. € investiert, was gemessen an den Verbandsstatistiken eine Verdoppelung des Investitionsvolumens bedeutet.

Mittelstand einen starken Fremdkapitalanteil auf<sup>65</sup>. Es ist daher besonders wichtig, dass internationale Reaktionen auf die Staatsschuldenkrise sowie erhöhte aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen und Risikobewertungen die bestehende flächendeckende Fremdkapitalversorgung durch das dreigliedrige deutsche Bankensystem nicht gefährden. Zudem hat sich als Ergänzung zur Absicherung fehlender Sicherheiten das System der Bürgschaften durch das Land und die Bürgschaftsbank Hessen bewährt. Es sollten verstärkt Public-Private-Partnership genutzt werden, um die Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu verbessern. So wäre etwa ein Beteiligungsfonds sinnvoll, der sich hälftig aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert. Um die Eigenkapitalerfordernisse der kleinen und mittleren Unternehmen zu sichern, müssen unbedingt Eingriffe, z. B. durch eine Vermögensabgabe, zurückgewiesen werden.

### **6.2.8 Hessen als Innovations- und Technologiestandort vermarkten**

Hessen wird national wie international in zu geringem Ausmaß als Forschungs- und Technologiestandort wahrgenommen. Das Standortmarketing insbesondere auf nationaler und internationaler Ebene muss in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Clustern und regionalen Wirtschaftsförderungen verstärkt werden. Hessen muss sichtbarer werden als:

- Innovationsstandort (starke Branchen mit hohem Innovationspotenzial wie die IKT- und die LifeScience-Branche)
- Forschungs- und Technologiestandort (Exzellenz in den Hochschulen, Umwelttechnologien und Optische Technologien) und
- Industriestandort (Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie und Pharma, Maschinenbau, Medizintechnik).

Technologische Entwicklungen und Trends sollten frühzeitig aufgegriffen und in der Struktur der Technologielinien der Hessen Trade & Invest GmbH entsprechend abgebildet werden. Dabei sind einerseits branchenübergreifende Fragestellungen zur Material- und Energieeffizienz noch stärker zu berücksichtigen. Andererseits ist gegenüber anderen Akteuren der Wirtschaftsförderung das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Die existierenden Technologielinien sind in diesem Sinn regelmäßig auf Wirksamkeit und Effizienz durch den Technologiebeirat zu überprüfen.

Die Technologienetzwerke bzw. -cluster sollten weiter gestärkt werden. Die Clusterinitiative des Landes Hessen ist deshalb weiterzuführen. Am Bottom-up-Prozess sollte festgehalten

---

<sup>65</sup> Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (2011): Bedeutung der Eigenkapitalausstattung für den Mittelstand. Hamburg.

werden, denn Cluster lassen sich nicht auf der „Grünen Wiese“ entwickeln. Zu beachten ist, dass für die Netzwerkförderung in den Clusterinitiativen eine kritische Masse an Unternehmen, Wissenschaftlern und Multiplikatoren vorhanden sein muss, welche die Wertschöpfungskette weitgehend abbilden. Clustermanagementstrukturen sollen wie bisher als Anschubmaßnahme öffentlich gefördert und regelmäßig auf Erfolg evaluiert werden. Allerdings sollen die Steuerung sowie die operative Arbeit der Cluster dezentral durch die regionalen Akteure erfolgen.

### **6.3 Finanzplatz Frankfurt stärken**

Der Finanzplatz Frankfurt am Main ist der bedeutendste Standort für Banken und Finanzdienstleistungen in Kontinentaleuropa und Mittelpunkt der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, mit starken Impulsen für die hessische und deutsche Wirtschaft. Rund 221 Kreditinstitute aus 40 verschiedenen Ländern sind hier angesiedelt<sup>66</sup>. Sie beschäftigen mit knapp 75.000 Mitarbeitern<sup>67</sup> gut 11,5 % aller in der deutschen Bankbranche tätigen Personen<sup>68</sup>. Gemessen am Geschäftsvolumen des deutschen Kreditgewerbes (2011: 8.467 Mrd. €) entfällt rund jeder zweite Euro auf das Finanzzentrum am Main. Die Ausstrahlung des Finanzplatzes resultiert aus den hoch spezialisierten Arbeitsplätzen, weshalb Unternehmen und Arbeitskräfte aus allen Teilen Hessens direkt und indirekt hierüber Aufträge bzw. Beschäftigung finden.

Die Bankenwelt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, den die nun seit über fünf Jahren währende Finanzmarktkrise angestoßen hat. Geschäftsmodelle stehen auf dem Prüfstand und werden auch mit Hinblick auf verschärfte Regularien neu ausgerichtet. Neben den strengeren Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften im Rahmen von Basel III tragen die anhaltenden Marktunsicherheiten und verhaltenen Ertragsperspektiven dazu bei, dass sich viele Institute zur Modifikation ihrer Strategie und zu Rationalisierungen gezwungen sehen.

---

<sup>66</sup> Schon vor Ausbruch der Finanzkrise war der europa- und deutschlandweite Trend einer sinkenden Bankenanzahl gerade in Frankfurt nicht zu beobachten. Vielmehr kamen sogar immer wieder neue Institute an den Main. Gemessen an der Institutsanzahl hat die Main-Metropole den dann aufkommenden globalen Wirbelstürmen gut standgehalten, der krisenbedingte Rückgang fiel moderat aus. Trotz andauernder Konsolidierung in der Finanzwelt nahm die Anzahl der Frankfurter Banken 2012 wieder zu und lag zum Jahresende bei 221 – lediglich acht Institute weniger als vor der weltweiten Krise (Helaba 2013).

<sup>67</sup> Die Bankbeschäftigung in Frankfurt ging mit Ausbruch der Finanzkrise zwar ab 2008 zunächst zurück. Doch von Mitte 2010 bis Herbst 2011 wurden rund 2.000 neue Jobs in den Frankfurter Bankentürmen geschaffen. Seitdem pendelte die Bankbeschäftigung um 74.500 Mitarbeiter (Helaba-Finanzplatz Focus 3/2013).

<sup>68</sup> Helaba-Finanzplatz Focus 3/2013.

Die Konzentration auf Kerngeschäftsfelder und den Heimatmarkt sind in diesem Anpassungsprozess von besonderer Bedeutung, was mit einer Rückführung von Überkapazitäten einhergeht. Insbesondere im Investmentbanking herrscht Rationalisierungsdruck angesichts eines verschlechterten Marktumfelds und einer strengeren Regulierung. Derweil hat das klassische Kreditgeschäft in der Krise weniger gelitten und erlebt teilweise eine regelrechte Renaissance. So ist die traditionell wichtige Rolle des Kreditgeschäfts in Deutschland gegenwärtig von Vorteil. Das deutsche Bankensystem ist vom tiefen Einschnitt im Investmentbanking weniger betroffen als etwa das Britische. Nichtsdestotrotz sind die Anpassungsprozesse in der hiesigen Bankenlandschaft noch längst nicht abgeschlossen. Die krisenbedingte Konsolidierung ist im deutschen Finanzwesen deutlich spürbar<sup>69</sup>.

Von diesem Wandel in der Finanzindustrie sind daher derzeit vor allem die großen und mittleren Unternehmen betroffen. Während die Großunternehmen durch eine stärkere Öffnung gegenüber den Kapitalmärkten reagieren, sind die mittelständischen Unternehmen weiterhin stark von einer gut funktionierenden Beziehung zu ihrer Hausbank abhängig. Erst langsam zeichnet sich der Trend ab, dass auch mittelständische Betriebe eine Finanzierung über die Märkte suchen. Diese Entwicklung hat beispielsweise anhand der „Mittelstandsanleihen“ erste erfolgreiche Schritte unternommen, allerdings ist sie weiterhin mit vielen Risiken, insbesondere auch Reputationsrisiken für die Unternehmen, verbunden. Sollten jedoch die deutschen Banken – und hier insbesondere die Privatbanken sowie die großen Sparkassen und Genossenschaftsbanken – ihre internationale Anschlussfähigkeit verlieren, ist auch diese Form der Unternehmensfinanzierung gefährdet.

Kurzfristig kann diese Entwicklung – zur Abmilderung von Härten für die Unternehmen – gestützt werden durch direkte Eingriffe in das deutsche Finanzierungssystem, beispielsweise durch die stärkere Gewährung von Bürgschaften o.ä. Langfristig wird in den kommenden Jahren ausschlaggebend sein, wie gut sich der Finanzplatz Frankfurt im veränderten Kräfteverhältnis der internationalen Finanzzentren behaupten kann. Es zeichnet sich ab, dass durch regulatorische Vorgaben die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten derzeit groß sind und vermutlich auch zunächst noch bleiben. Auch Regulierungsmaßnahmen unterliegen jedoch Marktkräften und es wird für Deutschland relevant sein, im Markt für Regulierungen ein entscheidender Spieler zu bleiben. Frankfurt als Finanzzentrum sollte sich daher als Sitz für regulatorische Institute stärker etablieren: Mit der EZB, dem Europäische Rat für Systemrisiken (ESRB), der Deutschen Bundesbank, der EIOPA sowie der für 2014 angekündigten Bankenaufsicht sind bereits wichtige Institutionen zur Finanzmarktregulierung

---

<sup>69</sup> Helaba-Finanzplatz Focus 3/2013.

vor Ort. Da eine Vernetzung – auch zum Informationsaustausch – eine große Rolle für Regulierungsmaßnahmen spielt, sind somit gute Argumente für einen stärkeren Ausbau der „Regulierungsindustrie“ in Frankfurt und Hessen gegeben.

Daneben haben viele internationale „player“ den deutschen Markt im Visier. Auch spielt das deutsche Finanzzentrum dank seiner zentralen Lage und seiner Infrastruktur grundsätzlich eine wichtige Rolle für Geschäftsaktivitäten weit über die eigenen Ländergrenzen hinweg. Diese Drehscheibenfunktion Frankfurts ist ein zentrales „asset“ im Standortwettbewerb. Ebenso bedeutende Standortvorteile sind die Reputation des hiesigen Finanzplatzes und der deutschen Volkswirtschaft, die Nähe zu wichtigen Akteuren und standortspezifische Qualitäten (wie im internationalen Vergleich niedrige Kosten für Lebenshaltung und Büroraum sowie die Lebensqualität)<sup>70</sup>.

Natürlich hinterlässt die krisenbedingte Refokussierung der Auslandsbanken, die aus Kapazitätsanpassungen und der Neudefinition von Geschäftsmodellen resultiert, ihre Spuren auch am Finanzplatz Frankfurt. Doch mit rund 200 Auslandsbanken aus rund 40 verschiedenen Ländern weist die Main-Metropole nach wie vor eine stattliche Anzahl internationaler Akteure auf. Trotz des rund um den Globus zurückhaltenden Engagements grenzüberschreitend tätiger Banken wurden im vergangenen Jahr sogar ausländische Institute neu als geschäftstreibende Niederlassung in Frankfurt verzeichnet, was eine Strategieentscheidung mit längerfristigem Charakter darstellt. Eingebettet in die renommierte, größte Volkswirtschaft Europas bleibt Frankfurt ein bedeutender Finanzplatz mit vielfältigen Standortqualitäten.

Zur jahrelang positiven Entwicklung der Frankfurter Bankenanzahl entgegen des europa- und deutschlandweiten Trends und zur moderaten Konsolidierung trägt auch die Konzentration des deutschen Bankwesens auf ihr Herzstück am Main bei. Vor einschneidenden Anpassungen am deutschen Finanzzentrum verschlanken sich Kreditinstitute oftmals zuerst an anderen Standorten bzw. verlagern Geschäfte hin zur Konzernzentrale, die häufig am Main liegt. Dieser Prozesse dürfte sich fortsetzen. Zudem besteht in den hiesigen Konzernzentralen aufgrund der sich verschärfenden Regularien gegenwärtig ein erhöhter Bedarf an hochqualifizierten Spezialisten. In Reaktion auf die intensivere und anspruchsvollere Regulierung wird von vielen Instituten Fachpersonal gesucht. Diese Neueinstellungen sind für die Kreditinstitute allerdings mit zusätzlichen Kosten verbunden, ohne unmittelbare Auswirkungen auf ihre Erträge. Durch die wachsende Bedeutung der EZB erhöht sich die Motivation für Geschäftsbanken, ein Büro in der Nähe zu

---

<sup>70</sup> Helaba-Finanzplatz Focus 3/2013.

unterhalten. So erweitert sich das Spektrum an Jobs in der hiesigen Finanzbranche, das mit einer Vielzahl verschiedenster wichtiger Akteure ohnehin bereits breit angelegt ist und zur Stabilisierung der Gesamtzahl an Beschäftigten beiträgt. All dies mildert den konsolidierungsbedingten Stellenabbau am Finanzplatz Frankfurt. Es ist für den Finanzplatz Frankfurt daher von einem maßvollen, mehrjährigen Anpassungsprozess auszugehen.

Bis Ende 2014 erwartet die Helaba daher einen Beschäftigungsrückgang am deutschen Finanzzentrum um gut 2 % auf rund 73.000 Bankmitarbeiter. Damit dürften in den Frankfurter Bankentürmen unter dem Strich noch einmal rund 1.500 Jobs wegfallen und der kriseninduzierte Personalabbau seit 2008 lediglich etwas mehr als 3.000 Mitarbeitern ausmachen. Für die einzelnen Betroffenen zwar höchst schmerzlich, wäre dies in der Summe jedoch eine eher glimpfliche Reaktion des Frankfurter Arbeitsmarktes auf die globale Finanzkrise. Im gesamten Bundesgebiet ist letztlich mit umfangreicheren Stellenstreichungen zu rechnen, da sich die Ausdünnung der flächendeckenden Filialnetze zugunsten der Nutzung von Online-Dienstleistungen fortsetzt und auch signifikante Sparprogramme bei einigen Banken abseits von Frankfurt anstehen. Insofern dürfte der Rückgang bei der Bankbeschäftigung im Trend geringer ausfallen als in Deutschland insgesamt<sup>71</sup>.

Auch im internationalen Vergleich zeigt die Beschäftigungsentwicklung, wie gut Frankfurt durch die Krise kommt. In London beispielsweise rollt die Kündigungswelle mit wesentlich mehr Schwung. Allerdings sollte sich Frankfurt gerade aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs vor allem mit den dynamischen asiatischen Finanzstandorten nicht ausruhen, sondern seine Potenziale nutzen und weiterentwickeln. Den guten Chancen für die Positionierung im internationalen Standortwettbewerb stehen Risiken einer zu starken Regulierung gegenüber.

Ziel sollte es sein, die Agglomeration der Finanzbranche in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main weiter zu verstärken. Notwendig hierfür ist eine wirkungsvolle Regulierungsarchitektur mit Augenmaß, die den Finanzplatz Frankfurt stärkt und nicht schadet. Auf die Ansiedelung weiterer Aufsichtsinstitutionen Europas sollte hingearbeitet werden; dieses Ziel steht auch im Einklang mit der Forderung des Finanzausschusses des Europäischen Parlaments. Damit der Finanzplatz Frankfurt im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt wird, sollte auf nationale Alleingänge bei der Finanzmarktregulierung verzichtet werden.

Notwendig hierfür sind unter anderen folgende Maßnahmen:

---

<sup>71</sup> Helaba-Finanzplatz Focus 3/2013.

- Die Hessische Landesregierung beharrt – unterstützt von der hessischen Finanzwirtschaft – gegenüber der Bundesregierung auf ihrer ablehnenden Haltung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Teilen der EU.
- Die Vorrangstellung Frankfurts als Wissenschaftsstandort mit hoher finanzwirtschaftlicher Kompetenz wird weiter ausgebaut, um Produktivität, Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes nachhaltig zu erhöhen.
- Ein koordiniertes, selbstbewusstes Marketing für den Finanzplatz Frankfurt – als Synonym für den Finanzplatz Deutschland insgesamt – positioniert die Standortvorteile des deutschen Finanzzentrums im globalen Wettbewerb.
- Die zentrale Lage des Finanzplatzes Frankfurt für Hessen sollte auch zu einem Ausbau der „financial literacy“ in der hessischen Bevölkerung weiter genutzt werden. Die Finanzausbildung im schulischen Bereich ist weiterhin nur sehr schwach ausgeprägt, gleichzeitig wird jedoch, verstärkt durch den demographischen Wandel, die private Vorsorge für das Rentenalter immer wichtiger. Die Finanzausbildung sollte dabei nicht nur in die Schulen und Universitäten hinein gestärkt werden, sondern auch gerade in bildungsferne Gesellschaftsschichten, die beispielsweise durch Volkshochschulen, Vereine, öffentliche Wettbewerbe oder auch eine – kostenfreie – Weiterbildung von Finanzinstituten selbst besser erreicht werden können.

### **6.4 Fragen**

Die Internationalisierung wird in den kommenden Jahren weiter voranschreiten. Deswegen gilt es, den Standort insgesamt wettbewerbsfähig zu halten.

- Der bürokratische Aufwand ist für Unternehmen schon heute erdrückend – wie will die hessische Landesregierung den Unternehmen hier helfen, Zeit und Ressourcen zu sparen, um sich auf ihre Kernaufgabe, den eigentlichen Unternehmenszweck, zu konzentrieren?
- Innovationen haben für den Standort eine herausragende Bedeutung – Hessen das 3%-Ziel vorzeitig erreicht, aber vor allem aufgrund hoher Forschungsausgaben privater Unternehmen, während der Anteil der öffentlichen Hand sogar hinter dem Bundesschnitt liegt. Wird die Landesregierung sich hier für eine Anhebung der Forschungsmittel einsetzen und wenn ja – wo können sinnvolle, neue Schwerpunkte gesetzt werden, die neuen Branchen bei der Etablierung helfen?

- Die Idee der „Houses of“ hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Als Einrichtungen des Wissenstransfers wie der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stehen sie für eine neue Generation von Clustermanagement-Einrichtungen. Es sollten daher weitere „Houses of“ gegründet werden, die auch weitere Landesteile einbeziehen – gibt es Überlegungen für weitere „Houses of“? Welche Schwerpunkte der hessischen Wirtschaft könnten diese aufgreifen?
- Der Finanzplatz Frankfurt zählt zu den europaweit wichtigsten Finanzzentren – dennoch ist das Thema der Gründungsfinanzierung sowie der Bereitstellung von Risikokapital für Unternehmen in Hessen vergleichsweise schwach ausgeprägt. Hier wird Handlungsbedarf gesehen, auch um das Wachstum neuer Branchen und Schwerpunkte zu stimulieren. Gibt es Überlegungen, hier neue Finanzierungsquellen zu schaffen oder bei den Unternehmen der Finanzwirtschaft anzuregen?
- Die Landesregierung hat mit der Ausgründung der Hessen Trade & Invest GmbH aus der HessenAgentur einen Schritt hin zu einer selbständigen Marketingorganisation des Landes gemacht. Wie kann diese stärker in den Dienst des Standortes gestellt werden und das Außenbild Hessens positiv verändern?
- Mittlerweile ist der Finanzplatz Frankfurt auch einer der Hauptstandorte europäischer Finanzmarktregulierung. Dies gilt es für die Zukunft weiter zu stärken. Sieht die Landesregierung die Möglichkeit, weitere Institutionen in Hessen anzusiedeln?

## 7 Digitalisierung

Während in den frühen Jahren nach der Entwicklung des „World Wide Web“ im Jahr 1989 das Internet noch etwas Besonderes war und von einem vergleichsweise kleinen Kreis genutzt wurde, ist der Umgang mit den sogenannten „Neuen Medien“ heute für große Teile der Bevölkerung kein „Neuland“ mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Die Fähigkeit, sich im Internet Informationen zu beschaffen und der Umgang mit der entsprechenden Software und Hardware ist im Laufe der Zeit sowohl im Privat- wie im Arbeitsleben zu einer Schlüsselqualifikation geworden. Insbesondere eine Volkswirtschaft wie die Deutsche, deren Erfolg maßgeblich auf Wissen, Forschung und Innovation basiert, profitiert in besonderem Maße von einer regen Nutzung der neuen Medien und des Internets.

Die folgenden Zahlen sind beeindruckend und belegen, dass der Weg in eine digitale Gesellschaft beschritten wird: Im Jahr 2012 wurden weltweit 820.000.000 Smartphones und Tablet-Computer verkauft<sup>72</sup>. 1.200.000.000.000 Suchanfragen wurden von Nutzern weltweit bei Google eingegeben<sup>73</sup>. 76,5 % der Bevölkerung in Deutschland war im Jahr 2013 online, sei es in sozialen Netzwerken, beim online-shopping oder zur Informationsgewinnung (im Jahr 2001 waren es lediglich 37 %) <sup>74</sup>. Die Digitalisierung eröffnet große wirtschaftliche Chancen für Technologieunternehmen und Dienstleister – auch in Hessen.

Die Digitalisierung ist jedoch als ein weitergehendes Phänomen zu begreifen. Ihre Auswirkungen betreffen eine Vielzahl von Wirtschaftszweigen. So bietet der wachsende Online-Handel auch Chancen für die Transport- und Logistikbranche. Dies wird auch in Hessen sichtbar: Die Deutsche Post DHL legte im Juni dieses Jahres den Grundstein für das deutschlandweit größte Paketzentrum in Obertshausen in Hessen.

Dennoch: 23,5 % der Bevölkerung in Deutschland nutzen das Internet noch nicht<sup>75</sup>. Die Gründe hierfür sind vielfältig, zuvorderst werden jedoch Datenschutz- und Sicherheitsbedenken genannt. Eine Vielzahl von Nicht- Nutzern partizipieren jedoch zumindest indirekt an der digitalen Gesellschaft, in dem Dritte für sie das Internet nutzen. Viele Nicht-Nutzer zweifeln jedoch auch daran, von dem Internet einen Vorteil zu haben und empfinden den Umgang damit als zu kompliziert. Die Nutzung des Internets wird

---

<sup>72</sup> <http://www.gartner.com/newsroom/id/2227215>

<sup>73</sup> Google, Suchtrends 2012.

<sup>74</sup> Initiative D21 (2013): D21-Digital-Index.

<sup>75</sup> Initiative D21 (2013): D21-Digital-Index.

überwiegend sehr bewusst abgelehnt. Obwohl abzusehen ist, dass in Zukunft ein immer größerer Teil der Bevölkerung das Internet nutzen wird ist daher zu erwarten, dass auch weiterhin eine Gruppe überzeugter Nicht-Nutzer bestehen wird. Um eine weitere Verfestigung dieser „digitalen Spaltung“ zu vermeiden, könnten gezielte Informationskampagnen etwa zum Thema Datenschutz helfen, Ängste abzubauen und die Zahl der Nicht-Nutzer noch einmal deutlich verringern.

Mit der rasant zunehmenden Digitalisierung gehen enorme Veränderungen in fast allen Lebensbereichen einher. Die Verwendung von mobilem Internet und „Social-Media“ Angeboten etwa eröffnet neue Kommunikationswege, die für einen Großteil der Bevölkerung zentraler Bestandteil des beruflichen und privaten Lebens geworden sind. 61 % der Befragten einer Studie gaben an, dass die Digitalisierung sehr starke Auswirkungen nicht nur auf das Privatleben, sondern auch auf die Arbeitswelt habe<sup>76</sup>. Dies betrifft die Nutzung sozialer Netzwerke am Arbeitsplatz wie auch ein geändertes Verhältnis der Kollegen untereinander, die auch während den Pausen oftmals „nur auf ihr Smartphone schauen“.

Die Digitalisierung der Gesellschaft wird jedoch nicht ausschließlich positiv wahrgenommen. Laut einer Studie nehmen 69 % der Befragten konkrete Nachteile als Folge der Digitalisierung wahr<sup>77</sup>. Als Nachteil wird unter anderem Stress in Folge einer permanenten Erreichbarkeit genannt, die auch zu einer schwierigen Abgrenzung von Privat- und Arbeitsleben führt. Negativ bewertet wird ebenso der Eindruck, dass sich die Welt in Folge der Digitalisierung „schneller drehe“ und so einen permanenten Zeit- und Leistungsdruck erzeuge.

Die Folgen der Digitalisierung spiegeln sich nicht nur in dem Konsumentenverhalten wider, sondern zeigen sich auch in Firmen und Betrieben. Durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) können Prozessabläufe in der Industrie effizienter gesteuert und optimiert werden. IKT kann insbesondere im Dienstleistungsbereich Barrieren zwischen Dienstleister und Dienstleistungsempfänger abbauen. Beispielhaft ist hier die Telemedizin zu nennen, bei der durch die Verwendung von IKT die räumliche Trennung von Arzt und Patient überwunden werden kann.

Infolge einer steigenden Nachfrage nach IKT-Produkten rückt auch die IKT Branche in den Fokus. Diese zählt insbesondere in Südhessen zu den besonders starken Branchen.

Digitale Technologien eröffnen zudem ein großes Zukunftspotential zur Verbesserung und Optimierung von Industrieprozessen und –abläufen. Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“

---

<sup>76</sup> Ibi Resarch an der Universität Regensburg (2013): Digitalisierung der Gesellschaft, Regensburg.

<sup>77</sup> Ibi Resarch an der Universität Regensburg (2013): Digitalisierung der Gesellschaft, Regensburg.

werden bereits heute Möglichkeiten des Zusammenwachsens moderner Technologien der Informationstechnik mit klassischen industriellen Prozessen zu Cyber-Physical Systems (CPS) und seine revolutionären Auswirkungen auf die Industrie diskutiert. Ziel ist der Betrieb einer „Smart Factory“, in der durch die Verwendung von IKT eine neue Intensität sozio-technischer Interaktion aller an der Produktion beteiligten Akteure und Ressourcen erreicht wird. Im Mittelpunkt steht eine Vernetzung von autonomen, sich situativ selbst steuernden, sich selbst konfigurierenden, wissensbasierten, sensorgestützten und räumlich verteilten Produktionsressourcen (Produktionsmaschinen, Roboter, Förder- und Lagersysteme, Betriebsmittel). Den Beschäftigten kommt weiterhin eine tragende Rolle zu. Es wird ihre Aufgabe sein, die intelligent vernetzten Produktionsressourcen und die Produktionsschritte nach situativen und kontextabhängigen Zielvorgaben zu steuern und zu regulieren<sup>78</sup>.

### **7.1 Hessen in komfortabler Ausgangsposition**

Die Initiative „D-21“ führte im Jahr 2013 den sogenannten „Digital-Index“ ein, der den Grad der Digitalisierung in Deutschland auf der Basis von Umfragedaten abbildet<sup>79</sup>. Der Index basiert auf 4 Merkmalen: die Art des digitalen Zugangs, die digitale Kompetenz der Anwender, die Art und Nutzungsintensität sowie die Einstellung der Bevölkerung zu digitalen Themen. Der Index wird auf einer Skala von 0 bis 100 dargestellt, wobei der Digitalisierungsgrad von 100 dabei das derzeitige Idealbild einer digitalisierten Gesellschaft abbildet. Deutschland erreicht danach mit 51,2 Punkten zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen mittleren Digitalisierungsgrad.

Der „Digital-Index“ wurde nicht nur deutschlandweit, sondern auch für jedes Bundesland gesondert ermittelt. Den höchsten Digitalisierungsgrad erreicht demnach Nordrhein-Westfalen mit einem Index von 57,7. Hessen liegt mit einem Indexwert von 51,2 mit Bayern gleichauf und erreicht den nach Bremen und Schleswig Holstein vierthöchsten Digitalisierungsgrad. Damit erreicht Hessen den Bundesdurchschnitt. Die Schlusslichter bilden Mecklenburg-Vorpommern mit einem Index von 44,1 und Sachsen-Anhalt mit einem Index von 40,5.

Die Studie zeigt, dass Hessen sich in einer komfortablen Ausgangsposition befindet. Der erfolgreich begonnene Breitbandausbau in Hessen muss weitergeführt werden. Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist für viele Unternehmen ein wesentlicher Standortfaktor. Hessen hat sich hier ambitionierte Ziele gesetzt: Schon Ende 2014 sollen

---

<sup>78</sup> Forschungsunion Wirtschaft und Wissenschaft (2012): Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Berlin.

<sup>79</sup> Initiative D21 (2013): D21-Digital-Index.

Hochgeschwindigkeitsnetze („Next Generation Access“ – NGA) mehr als 75 % der hessischen Haushalte eine Downloadgeschwindigkeit von wenigstens 50 Mbit/s ermöglichen. Bis zum Jahr 2018 sollen alle Haushalte mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung haben. Wichtige Zukunftsmärkte wie etwa das „Cloud Computing“ benötigen entsprechende Leitungskapazitäten. Um im internationalen Vergleich nicht den Anschluss zu verlieren ist auch Hessen gefragt, den Ausbau der Infrastruktur mit Nachdruck voran zu treiben; dabei sind auch die mobilen Datennetze nicht zu vernachlässigen.

### **7.2 Exzellenter Standort für die IKT-Branche**

Hessen ist ein exzellenter Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) mit hervorragenden Zukunftsperspektiven. Mit rund 76.000 Beschäftigten, 18 Milliarden Euro Umsatz und 9.500 Unternehmen (2009) verfügt die mit Abstand stärkste hessische Technologiebranche über eine attraktive Spitzenposition in Deutschland und Europa.<sup>80</sup> Davon zeugt auch ihre Exportstärke, die sich in einer Exportquote niederschlägt, die über dem Bundesschnitt liegt. Deutsche wie internationale IKT-Investoren entscheiden sich zunehmend für den Standort Hessen. Ansiedlungen von prominenten und innovativen Unternehmen vergrößern nicht nur den regionalen Wettbewerbsvorsprung, sondern belegen auch die Attraktivität Hessens als Top-Standort für moderne Informations- und Kommunikationstechnologie.

Bemerkenswert ist die Umsatzverteilung der IKT Branche in Deutschland. Während die IKT-Produktion im Jahr 2010 einen vergleichsweise geringen Umsatz von 39 Mrd. Euro erwirtschaftete, setzte der Teilbereich der IKT-Dienstleistungen insgesamt 161 Mrd. Euro um. Zudem sind bundesweit über 72 % der in der IKT-Branche Beschäftigten im Bereich der IKT-Dienstleistungen tätig<sup>81</sup>.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bezeichnet IKT als den Innovationsmotor Nr. 1 in Deutschland.<sup>82</sup> Mehr als 80 % der Innovationen in der deutschen Wirtschaft beruhen auf IKT. Dabei sind die verschiedensten Branchen betroffen. So kann beispielsweise der Automobil- und Maschinenbausektor durch den Einsatz von elektronischen High-Tech-Komponenten seine Produktionsprozesse automatisieren. Als Zukunftsweisend für den Automobilbereich ist auch das Modellprojekt SimTD (Sichere intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland) einzuschätzen. Durch den Einsatz von IKT in

---

<sup>80</sup> News Hessen Trade & Invest, 20. März 2013.

<sup>81</sup> Statistisches Bundesamt (2013): IKT-Branche in Deutschland.

<sup>82</sup> Statistisches Bundesamt (2013): IKT-Branche in Deutschland.

den Fahrzeugen können diese sich gegenseitig oder mit Verkehrszentralen vernetzen und so einander vor Staus oder Gefahrenstellen warnen beziehungsweise gewarnt werden. Hessen Mobil hat hierzu im Rahmen eines Modellversuchs in Hessen über 100 spezielle Kommunikationseinrichtungen in dem rund 200 km umfassenden Versuchsgebiet aufgebaut und zudem im DRIVE-Center Hessen die erste kooperative Verkehrszentrale entwickelt und betrieben. Im Bereich der Dienstleistungen kann über das Wachstum der Online-Dienste eine größere Zielgruppe direkt angesprochen werden. Die moderne Medizin setzt IKT in der Mess- und Kontrolltechnik sowie in der Diagnostik ein. Banken und Versicherungen nutzen Datenverarbeitungs- und Datenanalysesoftware, um ihre Risiken exakter zu kalkulieren. Um wettbewerbsfähig bleiben zu können, kann sich kaum ein Unternehmen den Veränderungen durch die moderne IKT verschließen.

Die IKT-Branche ist neben ihrer Innovationskraft von einer hohen Gründungsdynamik geprägt. Seit dem Jahr 2009 werden in Deutschland jährlich knapp 9.000 IKT-Unternehmen gegründet, vorwiegend im Bereich der IKT-Dienstleistungen<sup>83</sup>. Hessen bietet durch seine Infrastruktur Unternehmensgründern viele Anreize. Die Gründungsdynamik muss auch in der Zukunft aufrechterhalten werden. Erforderlich hierzu sind die Weiterentwicklung der Infrastruktur sowie die Möglichkeit eines einfachen Finanzierungszugangs der kleinen und mittleren Unternehmen („KMU“).

Mit dem Ziel, Hessen als IT- und Kommunikationsstandort in Deutschland weiter auszubauen und im internationalen Umfeld als führende IT-Region zu etablieren, wurde in den letzten Jahren die Aktionslinie Hessen-IT als Informations- und Kommunikationsportal etabliert. Die Leistungspalette umfasst Themen wie E-Health, Ambient-Mobility, E-Skills, Telekommunikation, Mobility, E-Business und Software.

Diese Linie sollte in Richtung der Anwenderunternehmen, insbesondere KMU, und in Richtung der großen Hersteller weiter ausgebaut werden. Hessen muss zur Schnittstelle von Entwicklung und Anwendung werden.

Diesem Zweck können folgende Instrumente dienen:

- Anwendungen bei KMU fördern, beispielsweise in Form von Beratung checks für KMU-Online-Beratung oder der Förderung von Beratungszentren mit Angeboten wie z. B.: Verkehr Hessen digital, Handel Hessen digital, Finance Hessen digital, Gesundheit Hessen digital, Marketing Hessen digital.

---

<sup>83</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012): Monitoring-Report Digitale Wirtschaft 2012.

- Hersteller für Hessen gewinnen, beispielsweise durch die Ausrichtung des Nationalen IT-Gipfels in Frankfurt oder durch die Initiierung von Kooperationen mit international ausgerichteten IT-Konferenzen.
- Führung eines wirtschaftspolitischen Dialogs mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Hessen, beispielsweise durch eine Internationalisierung des Beirates von Hessen-IT: Durch eine entsprechende Ergänzung des Beirates durch Vertreter internationaler Akteure würde dieser als eine sachgemäße Plattform weiterentwickelt werden, um den Anspruch des IT-Standorts Hessen auf eine internationale Positionierung zu realisieren und als Schnittstelle zwischen den internationalen und den lokalen Entwicklungen zu wirken.
- Zielorientiertere Außenwirtschaftsförderung, um das Potenzial der IKT-Industrie für Wachstum und Beschäftigung weiter auszuschöpfen.

### **7.3 Digitalisierung als Chance für Kulturinstitutionen**

Immer mehr Menschen beziehen Informationen nicht mehr durch die „klassischen“ Medien wie Bücher, Zeitungen und auch dem Fernsehen. Weite Lebensbereiche inklusive Unterhaltung und Privatleben finden zunehmend im digitalen Raum statt. Diesem Wandel müssen auch Kulturinstitutionen Rechnung tragen, wenn sie in Zukunft noch als gesellschaftlich relevant betrachtet und ihrem Vermittlungsauftrag gerecht werden wollen. Digitale Kulturvermittlung muss viel stärker vom Nutzer aus gedacht werden und den Möglichkeiten des Mediums gerecht werden. Ihre Stärken sind die unbegrenzte Reichweite, die gleichzeitige Verbreitung multimedialer Inhalte (Film, Ton, Text, Bilder), die Vernetzung von Inhalten und Institutionen, die Einbeziehung der Erfahrungen und Kenntnisse der Nutzer (Partizipation), das in der kognitiven Wirkung stärkere Verbinden von visuellen und haptischen Erlebnissen (touchen, wischen), und nicht zuletzt die Individualisierung und Personalisierung des digitalen Vermittlungsangebots genau für die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Nutzer.

Die wichtigste Aufgabe und zugleich Chance für Kulturinstitutionen im digitalen Raum liegt darin, im unübersichtlichen Dickicht an Informationen wieder Orientierung, Erklärungsmodelle und Erkenntnis anzubieten: Mit Hilfe intelligenter und anschaulicher Vermittlung kultureller und interdisziplinärer Themen können leicht zugängliche Wege zum Verständnis komplexer Zusammenhänge gebahnt werden - individuell gesteuert und in eigenem Tempo. Die Expertise, die sich gerade das Städel Museum im Feld der diversifizierten Vermittlung für ein breit gefächertes Publikum erworben hat, lässt sich hier gewinnbringend auf den digitalen Raum übertragen.

Wie ein Museum und andere Bildungseinrichtungen die digitalen Kanäle für ihren Vermittlungsauftrag optimal nutzen können, erproben derzeit Kooperationspartner aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen eines wegweisenden Pilotprojekts: der Entwicklung einer multimedialen, cloudbasierten Medien- und Kollaborationsplattform für den Kulturbereich. Ziel ist es, Museen, Bibliotheken und andere Institutionen für die Menschen im digitalen Zeitalter zu öffnen.

Über Smartphones und Tablets werden die Besucher in Zukunft dann einfach und schnell inhaltliche Verknüpfungen zwischen Museumsexponaten und vertiefende Informationen oder multimediale Inhalte wie Filme oder Web-Texte zu Büchern mobil abrufen können. An dieser Entwicklung beteiligen sich das Städel Museum in Frankfurt und die Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt. Diese Hochtechnologie im kulturellen Umfeld, gefördert durch das LOEWE-Programm des Landes Hessen, hat Leuchtturmcharakter für das kulturelle und öffentliche Segment und wurde aufmerksamkeitsstark auf der CeBIT 2013 in Hannover vorgestellt.

### **7.4 Fragen**

- Die Digitalisierung ist nach wie vor ein Thema, das die Gesellschaft spaltet – digitale Dienste sind nur dann sinnvoll, wenn sie auch für alle erreichbar sind. Wie will die Landesregierung helfen, die Akzeptanz für die digitale Spaltung zu überwinden und Akzeptanz für die Digitalisierung schaffen?
- Die digitale Gesellschaft und die digitale Wirtschaft basiert ganz wesentlich auf neuen Ideen und Innovationen. Wie will die Hessische Landesregierung Innovationen in der IKT-Branche fördern?
- Die IKT-Branche bietet große Wachstumschancen insbesondere für KMU in Hessen. Wie plant die Hessische Landesregierung diese Gründungsdynamik in Zukunft zu unterstützen?
- Der IKT-Standort Hessen ist mit dem Softwarecluster unter seinen Unternehmen im internationalen Vergleich eine Art „europäisches Silicon Valley“. Wie stützt die Landesregierung dieses wichtige Asset Hessens im internationalen Wettbewerb?

- Wenn von Digitalisierung die Rede ist, stehen meist das Arbeitsleben und die private Nutzung digitaler Dienste im Vordergrund. Kaum Beachtung hingegen findet die Digitalisierung weiterer Lebensbereiche, z.B. der Telemedizin oder insbesondere von Digitalisierung kultureller Einrichtungen – hat die Landesregierung vor, diese Bereiche ebenfalls zu unterstützen?

## 8 Mitglieder des Wirtschafts- und Zukunftsrates



Teilnehmer der konstituierenden Sitzung (von links nach rechts):

**Frau Dr. Gertrud Traud**

Chefvolkswirtin der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt

**Herr Volker Weber**

Landesbezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie/Landesbezirk Hessen/Thüringen, Frankfurt

**Frau Prof. Dr. Christina Bannier**

Lehrstuhl für Corporate Finance am Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität (ab September 2013), Mitglied im Innovationsbeirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

**Herrn Dr. Holger Zinke**

Gründer und Vorsitzender des Vorstands BRAIN AG, Mitglied des Bioökonomierates der Bundesregierung

**Herr Prof. Dr. Friedrich Grimminger**

Direktor der Medizinischen Kliniken IV und V, Universitätsklinikum Gießen Direktor der Abteilung Pneumologie/Onkologie an der Kerckhoff-Klinik Bad Nauheim  
Ärztlicher Direktor des Gesundheitszentrums Wetterau

**Herr Minister a.D. Florian Gerster**

Gesundheitswirtschaft Rhein-Main e.V.

**Herr Prof. Albert Speer**

Geschäftsführender Gesellschafter AS&P GmbH, Frankfurt , Mitglied des Kuratoriums Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Herrn Dr. Thomas Reiter**

Astronaut, ESA – European Space Agency - Direktor für Bemannte Raumfahrt und Missionsbetrieb, Darmstadt

**Florian Rentsch**

Staatsminister

**Herr Prof. Dr. Mathias Müller**

Präsident der IHK Frankfurt am Main

**Herr Hartmuth Alexander Jung**

Vice Chairman Investment Banking Barclays Bank PLC, Frankfurt am Main

**Frau Ann Katrin Linsenhoff**

Ehem. Dressurreiterin und Olympiasiegerin, Ann-Kathrin-Linsenhoff-UNICEF-Stiftung, Kronberg

**Herr Bernd Ehinger**

Präsident der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main

**Herr Karl-Heinz Streibich**

Vorsitzender des Vorstandes der Software AG, Darmstadt , Stellvertretender Vorsitzender des House of IT e.V., Darmstadt , Mitglied des Präsidiums des BITKOM e.V.

Nicht auf dem Foto:

**Herr Dr. Klaus Engel**

Vorsitzender des Vorstandes, Evonik Industries AG

**Herr Max Hollein**

Direktor des Städel Museums, der Liebieghaus Skulpturensammlung und der Schirn Kunsthalle Frankfurt

**Herr Prof. Dr. Michael Hüther**

Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e.V. , Mitglied des Beirats für Fragen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

**Herr Prof. Dr. Joybrato Mukherjee**

Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen , Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, DAAD

**Herr Dr. Martin Siewert**

Vorsitzender der Geschäftsführung der Sanofi Aventis Deutschland GmbH, Frankfurt

**Herr Dr. Martin Viessmann**

Geschäftsführender Gesellschafter Viessmann Werke GmbH & Co. KG, Allendorf (Eder)

## 9 Literatur

AT Kearny (2012): 2012 Global Cities Index and Emerging Cities Outlook. Seoul.

BDI u.a. (2012): Damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt. In die Verkehrsinfrastruktur investieren, die Grundlage des Wachstums sichern. Berlin.

Berlin Institut (2011): Demenz Report. Berlin.

BITKOM (2013): Berlin ist die deutsche Venture-Capital-Hauptstadt. Pressemitteilung vom 29. April 2013.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005): Studie zur Situation der Medizintechnik in Deutschland im internationalen Vergleich. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012): Monitoring-Report Digitale Wirtschaft 2012.

DB Netze (2009): Frankfurt RheinMain<sup>plus</sup>. Das Projekt. Der Eisenbahnknoten. Die Schieneninfrastruktur. – Frankfurt.

Deloitte (2011): Der Deutsche Fitnessmarkt 2011.

Deutsche Bank / DB Research (2012): Gesundheitswirtschaft: Weiteres Aufwärtspotential. Frankfurt.

DIW Wochenbericht 26/2013 - Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland, Berlin

Fachkräftekommission Hessen (2012): Abschlussbericht der Fachkräftekommission Hessen. Wiesbaden.

Forschungsunion Wirtschaft und Wissenschaft (2012): Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Berlin.

GKV-Spitzenverband (2013): Kennzahlen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Berlin.

Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (2011): Bedeutung der Eigenkapitalausstattung für den Mittelstand. Hamburg.

HessenMobil (2012): Was ist los auf Hessens Straßen? Straßenverkehrszählung 2010. Wiesbaden.

Hessischer Energiegipfel, Abschlussbericht, 2011.

Helaba-Branchenfokus: Energiewirtschaft im Umbruch, 2/2013

Helaba-Finanzplatz-Fokus: Bankbeschäftigung Frankfurt – Panik unbegründet, 3/2013

Helaba-Regionalfokus - Zahlen & Fakten: Die Bundesländer Hessen und Thüringen, 4/2013

Hessisches Ministerium der Finanzen (2012): Geschäftsbericht 2011. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2010): Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2010): Struktur und Entwicklung der Gesundheitsindustrie in Hessen. Wiesbaden

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2013): Mobilität in Hessen. Entwicklungen und Perspektiven. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2013): Hessischer Konjunkturspiegel 1. Quartal 2013. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2010): Gesundheitswirtschaft in Hessen. Wiesbaden.

HWWI; Berenberg-Bank (2013): HWWI/Berenberg-Städteranking. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich. Hamburg.

IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen: Die Konjunktur in Hessen, Frühsommer 2013.

IHK Frankfurt (2011): Gesundheitswirtschaft und demografischer Wandel. Frankfurt.

IHK Frankfurt am Main (2013): Konjunktur im IHK-Bezirk Frankfurt am Main Frühsommer 2013. Frankfurt.

IHK Forum Rhein-Main (2012): FrankfurtRheinMain in Zahlen 2012/2013. Hanau.

Initiative D21 (2013): D21-Digitalindex Auf dem Weg in ein digitales Deutschland?! – Berlin.

Institut für Demoskopie Allensbach (2007): Mehr Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung. Allensbach.

Jochimsen, R. (1966): Theorie der Infrastruktur, Tübingen.

Kirchhoff, Jasmina Dr. / Verband forschender Arzneimittelhersteller / Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2012): Die Pharmaindustrie in Hessen. Köln.

Prognos: Endbericht Bedeutung der thermischen Kraftwerke für die Energiewende, Berlin 2012.

Roland Berger (2011), Weltweite Gesundheitswirtschaft – Chancen für Deutschland.

Spiegel 26/2013, S. 62ff: „Kaputtgespart“.

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009): Zu viel Bürokratie? StatMagazin vom 3. August 2009.

Statistisches Bundesamt (2011): Datenreport: Private Haushalte: Einkommen, Ausgaben, Ausstattung.

Statistisches Bundesamt (2012): Verkehr – Eisenbahnverkehr - Betriebsdaten des Schienenverkehrs 2011, Fachserie 8 Reihe 2.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013): IKT-Branche in Deutschland.

WHO (2013): World Health Statistics 2013.

# Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

## Pressemitteilung

Wiesbaden, 03.09.2013

\*\*\*\*\*

## Experten empfehlen Investitionen in Bildung und Infrastruktur

### Erster Zukunftsbericht vorgelegt – Minister Rentsch dankt für wertvolle Anregungen

Nachhaltige Investitionen in Bildung und Forschung, Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, eine Stärkung der Infrastruktur und den Abbau von Bürokratie empfiehlt der erste Zukunftsbericht des Hessischen Wirtschafts- und Zukunftsbeirats. Wirtschaftsminister **Florian Rentsch** sicherte zu, das am Dienstag vorgelegte Dokument zu nutzen: „Für Hessen gab es bisher keinen Bericht, der sich auf der Basis der Expertise eines breit aufgestellten Gremiums mit Zukunftsfragen unseres Landes befasst hat. Ich erhoffe mir davon kritische Kommentare zum Erreichten und Impulse für die weitere Entwicklung unseres Landes. Schon den spannenden Diskussionen während der Arbeit am Bericht verdanke ich wertvolle Anregungen.“

Rentsch hatte den Rat im vergangenen Jahr berufen, um die auf Hessen zukommenden Chancen und Risiken zu analysieren. Das erste Ergebnis präsentierten am Dienstag die Finanzwissenschaftlerin Prof. Dr. **Christina Bannier**, der Mediziner Prof. Dr. **Friedrich Grimminger** und der Bankvorstand **Hartmuth Jung**. „Der Wirtschafts- und Zukunftsrat hat sich die Frage gestellt, was für die kommenden Jahre für die Entwicklung Hessens von Bedeutung sein wird. Die daraus abgeleiteten Megatrends bilden die Grundstruktur des Berichts“, erläuterte Jung.

Die ihnen zugeordneten Kapitel tragen die Überschriften „Demographische Entwicklung“, „Länger und gesünder leben“, „Infrastruktur als Grundlage der Volkswirtschaft sichern“, „Internationalisierung“ und „Digitalisierung“. Sie gliedern sich jeweils in eine Zustandsbeschreibung und einen Katalog von Fragen, die aus Sicht des Rates von drängender Bedeutung sind. „Die Fragen sollten der Politik Anregungen geben, wo besonderer Handlungsbedarf besteht, um den Wirtschaftsstandort Hessen auch künftig erfolgreich zu machen“, sagte Jung.

So untersucht das Gremium im Abschnitt „Demographische Entwicklung“ vor allem das Problem der Fachkräfteversorgung der hessischen Wirtschaft. Dabei fragt der Rat die Landesregierung, wie sie mehr junge Menschen für naturwissenschaftlich-technische Fächer begeistern möchte. Im Kapitel „Infrastruktur als Grundlage der Volkswirtschaft sichern“ befasst sich der Rat mit Verkehrswegen ebenso wie mit der Bildungsinfrastruktur und fragt, wie die Landesregierung eine auskömmliche Finanzierung der Bundesstraßen und Autobahnen in Hessen durchsetzen wolle. Ebenso erinnert er daran, dass die gesamte Bildungsinfrastruktur einer dauerhaften Finanzierungsperspektive bedürfe. Mit Blick auf die Energiewende warnte der Wirtschafts- und Zukunftsrat vor steigenden Energiekosten und den daraus folgenden Wettbewerbsnachteilen hessischer Unternehmen.

Zum Megatrend „Internationalisierung“ verwies Prof. Dr. Bannier auf den charakteristischen Branchenmix, der Hessens Wettbewerbsstärke ausmacht: „Die Schwerpunkte im Finanz-, Pharma-, Logistik- und Informationstechnologiebereich sind die Grundlage für Hessens Wirtschaft. Zunehmende Internationalisierung wird zukünftig weitere Spezialisierungen der Unternehmen und ihrer Beschäftigten erfordern und einen Wandel hin zu einer Wissensgesellschaft nötig machen. Dieser Prozess muss durch nachhaltige Investitionen in Bildung und Forschung, Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie Entlastungen der Unternehmen durch Infrastrukturstärkungen und Bürokratieabbau gestützt werden.“

Die „Digitalisierung“ sieht der Wirtschafts- und Zukunftsrat als Chance der Gesellschaft an. Er mahnte zugleich an, dass die der Begriff breiter zu verstehen sei und alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche umfassen müsse. Südhessen als „Silicon Valley“ Europas solle künftig mehr in den Fokus des Regierungshandelns rücken, zum Beispiel bei der Unterstützung von Unternehmensgründern.

„Der Zukunftsbericht ist das Ergebnis einer interdisziplinären Analyse der politischen Beeinflussbarkeit des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritts in Hessen vor dem Hintergrund eines grundlegenden Strukturwandels in Deutschland und Europa“, sagte Prof. Dr. Dr. Grimminger. „Der Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft in Deutschland wird dabei als historische Chance für das Bundesland Hessen begriffen, um dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter auszubauen. Wissen und Innovation sind nicht nur die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren dieses Bundeslandes, sondern sie können auch helfen, die Probleme des demografischen Wandels und der Disparitäten in der hessischen Raumordnung und der Wirtschaftsgeographie auszugleichen.“

\*\*\*\*\*

Kontakt:

Pressestelle – Wolfgang Harms

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden

Tel 0611 815 2021, Fax 0611 815 2227

Mail: [wolfgang.harms@hmwvl.hessen.de](mailto:wolfgang.harms@hmwvl.hessen.de)

[www.wirtschaft.hessen.de](http://www.wirtschaft.hessen.de)